

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telefon: Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. find an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Pflicht.

Mechanisch hebt und senkt sich der Meißel. Spahn um Spahn fällt von dem schweren Eisenblock hinunter in das Sammelbecken des die Maschine bedienenden Arbeiters. Starr ruht sein Blick auf dem eingespannten Block. „O gräßliche Einsamkeit, o geisttötendes Einerlei.“ Wie mächtig ziehts ihn hin zur geistigen Regsamkeit, zu Gottes freier Natur. Unbeweglich steht er da, wie aus Erz gegossen, und träumt von vergangenen Tagen, da er, voll Jugendmut und froher Hoffnung in den Strudel des Lebens hineingeschleudert wurde. Arm waren seine Eltern, ohne etwas erlernt zu haben, mußte er den Kampf ums tägliche Brot aufnehmen.

So kam er in die Fabrik, die nun schon seit 20 Jahren seine zweite Heimat geworden ist. In dem ihm jetzt diesen dumpfen Fabriksaal mit seiner monotonen Einsamkeit. Wie verlesend wirken auf ihn die trivialen und gemeinen Reden der meisten seiner Mitarbeiter. Wie verwundet sein Herz das barsche, geringschätzig Besen seiner Vorgesetzten. Oft ist ihm zum Sterben elend, und er wünscht sich die Ruhe und den Frieden der Toten.

Knack! Der Meißel ist gebrochen. Mit einem plötzlichen Ruck fährt der Mann aus seiner starren Stellung auf und vor seine Augen tritt wieder die nichterne Wirklichkeit, die keine Zeit zum Träumen läßt. Gewaltjam brennt er die trüben Gedanken. Nein, er darf noch nicht sterben. Er muß das Leben weiter schleppen mit all seiner Entschlossenheit und der starren Einsamkeit. Ueber ihm steht die Pflicht, für sich und die Seinen zu sorgen. Die Pflicht ist eine ernste, heilige, strenge Frau, sie kommt gebieterisch mit ihrem Muß und er hält ihr die Treue, die Treue eines christlichen Mannes. Und diese Treue und das Bewußtsein der Pflichterfüllung machen ihm sein Dasein erträglich. Diese christliche Lebensauffassung gibt seinem Dasein Inhalt und Ziel.

Der Wert der Organisation während der Krise. (Schluß.)

Da ist es nun interessant, nachzulesen, wie auch bei der vorigen Krise schon die organisierten Arbeiter im Vorteil waren gegenüber den Nichtorganisierten. In einem Artikel in Nr. 13 unseres Verbandsorgans, vom Jahre 1902, überschrieben „Arbeitslosigkeit“, der auch heute noch unsern Kollegen zum Studium empfohlen werden kann, schildert ein Mitarbeiter der „Kölnischen Volkszeitung“ die Wirkungen der Arbeitslosigkeit infolge der Krise unter den Berliner Metallarbeitern. Mit Hilfe der Berliner Büros des deutschen Metallarbeiterverbandes und des Zentralvereins für Arbeitsnachweis trat derselbe in Verbindung mit 150 entlassenen Arbeitern, von denen 100 organisiert und 50 unorganisiert waren. Die Umfrage hatte sich nur auf solche Leute erstreckt, die als fleißig und solide bekannt waren und vorher meistens Jahre lang, bis zu 18 Jahre, auf einer Stelle gearbeitet hatten, die aber jetzt 20, 29, ja ein Rohrleger sogar 39 Wochen arbeitslos waren. Nachdem der oben erwähnte Mitarbeiter der K. V. die Verhältnisse der 100 organisierten Metallarbeiter geschildert hat, kommt er zu dem Schluß, daß dieselben gerade durch ihre Zugehörigkeit zur Organisation schon an und für sich bedeutend höhere Löhne erhielten als ein unorganisierter Arbeiter; ferner, daß sie auch während der Krisenzeit günstiger gestellt sind, indem sie 6—10 Mark Arbeitslosenunterstützung beziehen könnten. Dann schreibt er weiter:

Eine düstere, oft tief schwarze Ecke des Kaleidoskops über das wir leben nennen, bilden die nichtorganisierten Arbeiter. Man merkt, wie über ihnen alles zusammenbricht, wenn die Not kommt, weil sie ganz allein stehen, und niemand haben, der sich um sie kümmert. Die 50, welche für die Umfrage in Betracht gekommen sind, setzen

sich zusammen aus 9 gelernten Arbeitern, aus 17 angelernten, aus 18 ungelerten und aus 6 Geschäftsführern. Die Dauer der Arbeitslosigkeit dieser 50 nichtorganisierten Arbeiter betrug im laufenden Jahre 806 Wochen, also durchschnittlich für jeden 16 Wochen.

Wenn also die nichtorganisierten Arbeiter in bezug auf die Durchschnittsdauer ihrer Arbeitslosigkeit um ein geringes besser dastehen, als die organisierten, eben weil sie leichter Gelegenheitsarbeit erhalten, als jene, so sind dagegen ihre Löhne ganz bedeutend niedriger; ihr Höchstverdienst variiert zwischen 12 und 27 Mark die Woche, und selbst bei den gelernten Arbeitern übersteigt er niemals diesen Satz. Trotz dieser beträchtlich geringeren Einnahmen aber sind die Kosten für die Wohnungen ganz dieselben, wie bei den durchschnittlich um ein Drittel besser gestellten organisierten Arbeitern und zwar aus dem einfachen Grunde, „weil es keine billigeren Wohnungen in Berlin gibt“. Allerdings werden diese in 13 Fällen mit Schlafbüscheln abgeteilt, was die organisierten Arbeiter nur in 2 Fällen verstanden hatten, aber trotzdem steht die Höhe der Mieten in gar keinem Verhältnisse zu den tagen Einnahmen.

Und was sind dies oft für Behausungen, die diesen, fast immer mit der Meile im Rückstande befindlichen Arbeitern als Wohnungen vermietet werden! In einem Räume, der 2,20 Meter hoch ist — die polizeiliche Vorschrift verlangt 2,50 Meter als Mindesthöhe für menschliche Wohnungen — und 3,30 Meter im Geviert, und in dem gekocht, gewaschen und getrocknet wird, wohnt ein junges Ehepaar mit einem anderthalbjährigen schwerkranken Kinde. Und ein Keller, dessen Wände von Wasser tröpfeln, beherbergt eine zweite Familie mit acht Kindern; eine dunkle hinter einem Laden liegende Küche eine dritte. Und so geht es fort; eine Wohnung ist immer trostloser als die andere. Dazu kommt noch, daß es oft an der nötigen Ordnung fehlt, da die Frauen der unorganisierten Arbeiter sich nur selten mit Heimarbeiten befassen, bei der sie zu wenig verdienen, sondern lieber in die Fabriken gehen, wo sie ein paar Mark mehr erarbeiten können. Von den 50 Frauen verdienen 14 durch Fabrikarbeit 10 bis 15 Mark die Woche und nur 2 beschäftigen sich mit Heimarbeit. Andere 14 tragen Zeitungen aus oder haben Aufwartestellen, 16 sind immer krank und können also nichts verdienen, 4 bleiben ihrer Kinder wegen zu Hause.

Die Frauen, welche in die Fabriken gehen, halten zur Aussicht für ihre Kinder, wenigstens solange diese noch dem Säuglingsalter angehören, meistens eine alte Frau, die sonst keine Arbeit mehr verrichten kann. Doch abgesehen davon, daß der Lohn für diese Hilfskräfte, die meistens neben voller Beschäftigung noch 10 Mark den Monat erhalten, eine beträchtliche Breche in den mühsam erarbeiteten Verdienst schlägt, scheinen auch die Kinder bei diesem System noch weniger zu ihrem Recht zu kommen, als wenn die Mütter zu Hause arbeiten, wenigstens ist ihre Sterblichkeit eine größere als bei den Kindern der organisierten Arbeiter, denn während bei diesen unter 198 Kindern 68, also 34 und ein Drittel Prozent gestorben sind, kommen bei den nichtorganisierten ebenfalls 68 auf 144 geborene, was also 47 1/4 Prozent ausmacht. Es ist ja aber auch möglich, daß diese vermehrte Sterblichkeit das Ergebnis einer beträchtlich niedrigeren Lebenshaltung der Eltern und der Kinder an und für sich ist, wodurch ihre Widerstandsfähigkeit natürlich von Haus aus eine bedeutend geringere ist, um um.

Das ist das Urteil eines unbeteiligten Augenzeugen über die Wirkungen der Krise bei organisierten und unorganisierten Arbeitern. Und wie damals die Dinge lagen, so liegen sie auch bei der gegenwärtigen Krise für diejenigen kurzfristigen Arbeiter, die sich keinen Rückhalt in ihrer Berufsorganisation geschaffen haben.

Noch bedeutungsvoller tritt aber bei dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Niedergang der gegenwärtige Einfluß der Gewerkschaftsbewegung zutage. Heute umfassen die deutschen Gewerkschaftsorganisationen über 2 1/2 Millionen Arbeiter. Soweit der Einfluß der Gewerkschaften reicht, können wir auch jetzt wieder beobachten, daß die Krise die Arbeiter nicht so schwer trifft als wie dort, wo die Arbeiter trotz allen Rufens zur Organisation sich bis heute nicht zusammengeschlossen haben. Während in Betrieben mit organisierten Arbeitern wohl Arbeitszeitverkürzungen, Feierlichkeiten, auch wohl Betriebsversammlungen vorwimmern, aber selten Lohnabzüge, sehen wir es auch jetzt wie in der Eisengroßindustrie, in den großen Hüttenwerken, wieder wie bei der vorigen Krise Lohnabzüge an der Tagesordnung sind, obgleich diese Werke von

der Krise noch gar nicht in dem Maße getroffen sind, als wie die weiterverarbeitenden Industrien. Diese schwer reichen, millionenstarken Werke würden wohl lange nicht mit Lohnabzügen vorgehen, wenn sie nicht wüßten, daß sie eine wehr- und machtlose Arbeiterschaft vor sich hätten.

So rächt sich an den Arbeitern in den Hütten- und Feuerbetrieben ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation, ihr kurzfristiger Egoismus, der sie abhielt, 50 oder 60 Pfennig Beitrag in die Organisation zu zahlen. Der christliche Metallarbeiterverband hat sich seit Jahren um die Organisation gerade dieser schwer arbeitenden Hütten- und Walzwerksarbeiter bemüht. Wie viel besser könnten diese Arbeiter dastehen, wenn sie sich bei Zeiten der Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverbande, angeschlossen.

Noch mehr muß der Wert der Organisation jedem Arbeiter klar werden, wenn er sich vor Augen hält, wie viel an Unterstützung er beziehen kann, wenn er der Organisation angehört. Wird er wirklich infolge der schlechten Konjunktur arbeitslos, dann weiß er, daß er eventuell 20 Wochen lang bei dem Verbands seine Unterstützung erhält; dasselbe gilt für den Fall der Krankheit. Er erhält eine Unzuguntherstützung, wenn er an einem anderen Ort Arbeit gefunden hat und deshalb mit seiner Familie umziehen muß. Das unverheiratete Mitglied kann getrost auf Wanderschaft gehen und erhält vom Verbands seine Reiseunterstützung. Allein vom christlichen Metallarbeiterverband gehen jede Woche Tausende von Mark an Unterstützung an diejenigen Mitglieder, die von der Krise oder sonstigen Wechselfällen des Lebens getroffen werden.

So zeigt gerade die Zeit der Krise jedem Arbeiter den Wert und den Nutzen der Organisation. Wie ohnmächtig wären die Arbeiter auch heute noch, hätten sie es nicht verstanden, sich eine Organisation zu schaffen.

Wieviel besser könnte es aber um die Arbeiterschaft bestellt sein, wenn nicht die Hunderttausende Indifferenten allein in der Metallindustrie der Organisation noch fern ständen. Mit Stolz und Vertrauen können deshalb die organisierten Arbeiter auf ihre Organisation schauen, als auf das Werk, das sie sich selbst zu ihrem Nutzen geschaffen haben. Und anstatt hier oder dort müßlos zu werden, muß gerade die Krisenzeit jeden Einzelnen anspornen, die Indifferenten und Saumseligen aufzurütteln, daß sie sich der Organisation anschließen. Gerade während der Krise zeigt sich erst der Wert und Einfluß der Organisation in seinem ganzen Umfange. Darum muß die gegenwärtige Zeit ein Ansporn sein für jeden, der Organisation, unserem christlichen Metallarbeiterverbande, neue Mitglieder zuzuführen. Je größer die Zahl, desto größer der Einfluß, desto größer der Nutzen für jedes Mitglied. E. Q.

Wirtschaftliche Umschau.

Auf dem Wirtschaftsmarkte stülte der Reichsbankdiskont so manche lange gehegte Sehnsucht, indem er von seiner Höhe in langsamer Skala, vorsichtig tastend, gleichsam herabglitt, um wieder eine normale Position einzunehmen. Danach hat sich allmählich eine ganz außerordentliche Geldflüssigkeit eingestellt und zwar in einem Maße, wie man es seit dem Jahre 1905 um diese Jahreszeit nicht mehr gekannt hat. Wie sich doch die Extreme immer wieder berühren! Eben erst liegt die Zeit hinter uns, wo man vergebens bemüht war, die Nachfrage nach Geld zu befriedigen, und heute klagt die Börse sozusagen bereits wieder über fast allzureiches Geldangebot. Die Mühe der Geldbeschaffung hat mit der Mühe der Geldunterbringung abgewechselt. Hier stellt sich uns die ganz unausbleibliche Reaktion auf die Ueberanspannung unserer finanziellen Kräfte dar, von der eine Börsenkorrespondenz sagt, daß sie die natürliche Rückwirkung eines übertriebenen Kreditgebens und Nehmens, einer Uebererschätzung unserer Reichtumsfähigkeit sei. Auf

Kauer war die Last zu groß und drückend, die wir uns bei dem Vorwärtstreiben der industriellen Entwicklung aufgeladen haben. Die Ermüdung mußte sich einstellen und die Entlastung bewirkte die jetzigen Verhältnisse.

Wie aber steht es mit dem Baumarkt, von dem man im gleichen Verhältnis zu der Erleichterung des Weltmarktes eine Besserung und Belebung erwartete, die dann einen günstigen Einfluß, insbesondere auf den Eisen- und Stahlmarkt ausüben würde? Im Vorjahre war es doch gerade das Vorherrschen der enorm hohen Zinssätze, die den Baumarkt nicht zu Atem kommen ließen und auf die Bautätigkeit lähmend einwirkten. Dieses Hindernis ist nun doch aus dem Wege geräumt. Wird's nun besser stehen? Wie können einzuweisen nichts tun, als einer ganz bescheidenen Hoffnung Raum geben, denn Anzeichen, die einer starken Wahrung zu geben vermöchten, liegen noch nicht vor und die Ereignisse des am 30. Juni zu Ende gegangenen Jahres haben allenthalben die nicht unnütze Pflanze der Vorsicht erblühen lassen, nach der man in den vorausgegangenen Zeiten der Hochkonjunktur als alles in dulce jubilo lebte, so vielfach vergeblich Ausschau gehalten hat. Die Börse hat es tatsächlich bereits riskiert, in bezug auf die Verbesserung des Baumarktes ihrer Hoffnung vornehmlich Ausdruck zu verleihen und zwar auf die Tatsache hin, daß zum ersten Male seit Jahr und Tag wieder eine Preis-erhöhung in der Eisenindustrie zu Anfang dieses Monats zu verzeichnen gewesen ist. Von Oberschlesien wurde sie gemeldet. Wir möchten gleich hier anfügen, daß Oberschlesien unter der allgemeinen Ungunst der Verhältnisse weniger zu leiden gehabt hat und deshalb bleibt hier mehr wie je das Sprüchlein zu beherzigen, daß eine Schwalbe keinen Sommer macht. Nichtsdestoweniger bleibt beachtenswert, daß aus diesem Bezirk zugleich mit der erwähnten Preissteigerung auch eine bessere Beschäftigung gemeldet werden konnte.

Es bringt uns dies von selbst auf ein anderes Moment der Preisbewegung, dann auch an dieser Stelle zu wiederholten Malen in eindringlichster Weise das Wort geredet worden ist. Wir meinen: die Preisermäßigung seitens des Roheisensyndikats und des Stahlwerksverbands. Die Syndikatsgewaltigen haben nun doch nachgegeben! Das Roheisensyndikat beschloß eine Herabsetzung der Preise für Puddel- und Stahlroh Eisen um 4 Mk. für die Tonne; der Stahlwerksverband eine solche für Halbzeugpreise um 6 Mk. pro Tonne. Letztere Ermäßigung gilt nur Verkäufe für das dritte Jahresviertel und daß sie nur mit kirschenden Zähnen eingeräumt worden, beweis die Einschränkung, daß sie nur auf Abschlässe angepaßt werden darf, die bis zum 15. Juli d. J. geklärt wurden. Von diesem Tage ab treten die französischen höheren Preise wieder in Kraft! Nach der bisherigen Praxis des Stahlwerksverbands steht außer Zweifel, daß an dieser Einschränkung unbedingt und unter allen Umständen festgehalten werden wird. Abhandeln läßt man sich dort nicht und viel weniger noch „brüllt“ man dort „ein Auge zu.“ Wer lehtores haken sollte, könnte um eine Enttäuschung reicher werden.

Übrigens ist man in den Kreisen des weiterverarbeitenden Eisengeschäftes mit der bezeichneten Preisermäßigung alles eher als zufrieden. Genau so wie zu Anfang des Jahres hat sich der Stahlwerksverband nicht früher zu seiner Maßnahme bequemt, als bis die Preise für Stabeisen und Bleche so stark gefallen waren, daß die Halbzeugpreise außerhalb jedes vernünftigen Verhältnisses hierzu standen. Durch die ganze Preispolitik der großen Verbände ist es jetzt schon so weit gekommen, daß die bisherigen Bindungen den Fortbestand des Roheisensyndikats aufs äußerste gefährden. Der Ruf nach einem gesetzlichen Einschreiten gegen die Auswüchse des Syndikalwesens findet infolgedessen ein immer größeres Echo. Den nach der Alleinherrschaft auf dem Wirtschaftsmarkte strebenden, gewaltigen und gewalttätigen Verbänden muß zum Bewußtsein kommen, daß ihre Bäume noch nicht in den Himmel wachsen.

Ein Warnungssignal sollte ihnen das Schicksal des internationalen Roheisensyndikats sein. Bei einer früheren Gelegenheit wiesen wir darauf hin, daß die Verbände nicht nur den nationalen Markt ganz in ihre Hände zu bringen strebten, sondern auch sich durch Abmachungen mit ausländischen Verbindungen gleichartigen Charakters die internationale Alleinherrschaft zu sichern trachteten. Am weitesten war dieser Prozeß auf dem Gebiete der Röhrenfabrikation gediehen, wo es zur Anbahnung eines internationalen Syndikats gekommen war, das man als bereits fest bestehend, wenigstens von Seiten der deutschen Werke, anzusehen sich gewöhnt hatte. Als aber vor einigen Tagen das internationale Zusammengehen spruchreif geworden war, zog sich plötzlich ein Teil der englischen Freunde, wohl um sich ein gerade wirkendes Geschäft nicht entgehen zu lassen, abweichend zurück. Die Folge war der Zusammenbruch des Syndikats, oder besser, das Scheitern der Idee. Übrigens scheint die ganze Geschichte der deutschen Werke durchaus nicht so ungelegen zu kommen, denn auch bei ihnen war die Begeisterung merklich gekühlt worden, als sie sich davon überzeugen ließen, daß sie bei der internationalen Vereinbarung insofern die Verdrängenden waren, als die Ausfuhr der deutschen Werke auf Grund des internationalen Marktübertrages stark zurückging.

Mies in allem: Die so lange erhoffte und so sehr ersehnte Klärung des Wirtschaftsmarktes zeigt sich noch immer nicht. Der tatsächliche Verbrauch läßt fortgesetzt viel zu wünschen übrig. Dabei wird die Erzeugung andauernd auf einen, diesen Verbrauch nicht unwesentlich übersteigenden Grad gehalten. Es steht zu hoffen, daß bald eine durchgreifende Verbesserung sich durchbringen möchte. Unerwartet ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß die letzten Dinge ärger werden, wenn der Umschwung, der die mit dem tatsächlichen Verbrauch nicht im Einklang stehende Erzeugung rechtfertigen könnte, sich nicht einstellt? Dann muß naturgemäß die Einschränkung noch schärfer und unermittelbarer einsetzen. Die Folge wird sein, daß die durch künstliche Mittel angeregte Unternehmungslust nunmehr energisch abgeschreckt und das Uebel noch größer wird. So fordert die heutige Lage vor allen Dingen gebieterisch eine rationelle Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse und alle Beteiligten sollen sich strenger denn je an ein vernünftiges Wirtschaften gewöhnen.

Größter Kongreß der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

In den fünften Kölner Kongreß der sozialdemokratischen Gewerkschaften (1905 in Köln) setzten seine Veranstalter große Erwartungen. Die dem Kongreß vorausgegangenen Kämpfe der Crimmitschauer Textilarbeiter, und der Ruhrbergleute, die an der Schwelle der letzten Wirtschaftskrise ausgefochten wurden, hinterließen der Gewerkschaftsbewegung beim Einsetzen der Prosperitätsperiode einen günstigen Resonanzboden. Durch die beiden Kämpfe wurden selbst indolente Arbeiterkreise aufgeschreckt. Dazu kam noch der große Wahlsieg der politischen Sozialdemokratie von 1903. Das Selbst- und Siegesbewußtsein der sozialdemokratischen Bewegung war daher damals schier grenzenlos. In dieser Situation sind die Begrüßungsartikel der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse zum Kölner Gewerkschaftskongreß geschrieben worden. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission sagte damals:

„Zum fünften Male werden die deutschen Gewerkschaften demnächst ihre Herrschaft halten, und die Wahl von Köln als Ort des Gewerkschaftskongresses bedeutet, daß sie sich anschicken, den großindustriellen Westen Deutschlands, das Stammland der bedeutendsten Industrien und den Sammelplatz der größten Arbeitermassen, systematisch zu erobern. Ein ungeheures Agitationsfeld eröffnet sich dort der gründlichsten Bearbeitung. Wie groß auch die Schwierigkeiten sein mögen, die sich der letzteren dort entgegenstellen, die Gewerkschaftsbewegung wird sie überwinden. Wie ein junger Hase im Demutstun seiner Kraft geht sie ans Werk, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Schon weht ihre Fahne in der dunkelsten Ecke, im Saarrevier, — ein verheißungsvoller Anfang für die weitere Ausbreitung. Die zweite Willehlon der Gewerkschaftskämpfer wird zweifellos der Westen liefern, der auch der Schauplatz der größten Kämpfe sein wird. Hier werden die Schladten der Junkunft gegen die wirtschaftlich-sozialpolitische Reaktion geschlagen, hier wird der Widerstand des Scharfnachtums gegen Arbeiterschutz und gegen kollektive Arbeitsverträge überwunden und hier wird, vielleicht unter schmerzlichen Wehen, die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung geboren werden, die den Sieg der Gewerkschaftsfache für alle Zeiten verbürgt.“ (Korrespondenzblatt Nr. 1, 1905.) 8

Von diesen an den Westen Deutschlands gestellten Erwartungen hat sich in organisatorischer Hinsicht bisher nur wenig erfüllt. Den sozialdemokratischen Gewerkschaften gehören in Rheinland und Westfalen zirka 200.000 Arbeiter an, daneben sind in den christlichen Gewerkschaften in den beiden Provinzen zirka 170.000 Arbeiter zusammengeschlossen. Das Stärkeverhältnis der beiden Organisationsgruppen zu einander hat sich in den letzten Jahren in dem Westen Deutschlands nicht verschoben. In seiner diesjährigen Begrüßung des Gewerkschaftskongresses steht daher das Korrespondenzblatt der Generalkommission um ein paar Böcher zurück und gesteht ein, daß nicht alles eingetroffen sei, was man vom Kölner Kongreß erwartet habe.

Der diesjährige Kongreß, abgehalten vom 22. bis 27. Juni, taute nicht auf sozialdemokratischem Terrain. Hamburg nimmt in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten eine hervorragende Stellung ein. Von dort aus wurde zuerst der Zentralisationsgedanke für die gewerkschaftlichen Organisationen propagiert, wie auch, eine Anzahl Verbände, insbesondere während der Zeit des Sozialistengesetzes ihren Sitz nach der freieren Republik Hamburg verlegten und von dort aus Zeitschriften herausgaben. Das Gewerkschaftshaus, in dem der Kongreß taute, liegt in zentraler Lage und stellt einen Wert von zirka 2 Millionen Mark dar. Es wurde errichtet durch das Zusammenwirken von Gewerkschaften, Partei, Genossenschaften und in den in Hamburg reichlich vorhandenen freien Hilfskassen.

Die sozialdemokratischen Begrüßungen des diesjährigen Kongresses sind kühler gehalten als nur drei Jahren; die Mitgliederzahl der versammelten Gewerkschaften hat in diesem Zeitraum eine große Steigerung erfahren, aber auch die Arbeitgeberorganisationen sind gewaltig erstarkt, wodurch die Bewegungsfreiheit der

Gewerkschaften sehr eingeengt wurde. Auch der in der Zwischenzeit ausgetragene Kampf zwischen Partei und Gewerkschaften um die Frage des Generalstreiks und die Niederlage der politischen Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl haben anscheinend ernüchternd gewirkt. Die Verhandlungsgegenstände des diesjährigen Kongresses waren:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommission, Prüfung der Mandate usw.).
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichtserfasser: E. Beglen-Berlin; Beratung der Anträge betreffend: a) Allgemeine Agitation; b) Arbeiterinnen-Sekretariat. Berichtserfasserin: F. Altmann-Berlin; c) Agitation unter den Dienstboten. Berichtserfasserin: F. Grünberg-Münsterberg; d) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern; e) Streikunterstützung und Streikstatistik; f) Seimarbeiter-schutz; g) Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber. Berichtserfasser F. Blum-Berlin; h) „Korrespondenzblatt“; i) Mafseier.
3. Zentral-Arbeitersekretariat a) Bericht über die Tätigkeit. Berichtserfasser: R. Schmidt-Berlin; b) Die Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. Berichtserfasser: E. Lesche-Hamburg.
4. Grenzstreitigkeiten.
5. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Referent: G. Mollenhuth-Berlin.
6. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten. Referent: B. Lange in Hamburg.
7. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung. Referent: G. Böhsch-Berlin.
8. Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel. Referent: D. Altmann-Hamburg.
9. Die Organisation zur Erziehung der Jugend. Referent: R. Schmidt-Berlin.
10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Zu den einzelnen Punkten wurden langatmige Resolutionen und Beschlüsse gefaßt, die wir raummangel wegen nicht wiedergeben können, die unsere Leser die sich besonders dafür interessieren, im Zentralblatt abgedruckt finden.

Der Bericht der Generalkommission enthielt Neues von Bedeutung nicht; er stellte eine Zusammenfassung ihrer Einzeljahresberichte seit dem letzten Kongreß dar. Die nicht sehr umfangreiche Diskussion konzentrierte sich in der Hauptsache auf zwei Punkte: Regelung der Streikunterstützung bei großen Kämpfen und Agitation unter den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern. Die Punkte unter c, g, und i wurden gesondert behandelt. Bei dem großen Kampf der Crimmitschauer Textilarbeiter wurden bekanntlich seitens des beteiligten Verbandes aus den allgemeinen Sammlungen große Erübrigungen gemacht. Das veranlaßte den letzten Kongreß zu beschließen, daß künftig allgemeine Streiksammlungen an die Generalkommission abzuführen seien.

In der Zwischenzeit hatten die Buchbinder, Lithographen, Tabalarbeiter u. a. größere Kämpfe zu bestehen, bei welchen sich herausstellte, daß durch allgemeine Sammlungen die Mittel meist nur spärlich zusammenkommen und den bedürftigen Verbänden vielfach auch erst zu spät zur Verfügung gestellt werden können. Von kleineren Verbänden wurde daher beantragt, es möge bei großen Kämpfen für sämtliche der Generalkommission angeschlossenen Verbände eine Kopfsteuer erhoben oder aber ein Zentralstreikfonds geschaffen werden. Dann würden die Unternehmer von vornherein von vielen Ausperrungen absehen. Die Vertreter der größeren Verbände (Metallarbeiter, Holzarbeiter, Fabrikarbeiter) wandten dagegen ein, daß mit solchen Anträgen unbilliges von ihnen gefordert werde. Sie seien häufig an umfangreichen Kämpfen verwickelt und könnten dann nicht bei gleichzeitig ausbrechenden Differenzen in anderen Berufen diesen größere Mittel überweisen. Auch müßten im Falle der Schaffung eines Zentralstreikfonds sehr eingehende Bestimmungen darüber erlassen werden, in welchen Fällen der einzelne Verband Mittel aus dem Fonds beziehen könne. Die größeren Verbände würden seltener mit einem ebenso hohen Prozentsatz ihrer Mitglieder gleichzeitig am Kämpfen verwickelt, als die schwächeren Organisationen. Das habe zur Folge, daß der Fonds fast ausschließlich von letzteren beansprucht würde, womit deren Entwicklung selbst ein schlechter Dienst erweisen sei; die kleineren Verbände würden sich naturgemäß auf den Fonds verlassen und ihre Beiträge nicht so gestalten, wie es nötig ist. Die Materie wurde der nächsten Vorstandskonferenz zur weiteren Besprechung überwiesen.

Ueber die Organisation der Wald- und Forstarbeiter bestehen Meinungsverschiedenheiten, zu welchem Verbände sie gehören. Infolge dieser verschiedenartigen Auffassung hätte seither eine systematische Agitation unter den Wald- und Forstarbeitern nicht betrieben werden können; diesen Umständen hätten die „Christlichen“ ausgenutzt, im bayerischen Landtag kräftig Spektakel gemacht und dadurch bereits zahlreiche Anhänger unter den betreffenden Arbeitern in Bayern gewonnen.

Im übrigen endete die Diskussion zum Rechenschaftsbericht der Generalversammlung mit einem Geplänkel zwischen dem Redakteur des Korrespondenzblattes, Herrn Umbreit, und den Vertretern des Textilarbeiterverbandes; die bezügliche, etwas gespreizte Ansprache hatte indes einen tieferen Hintergrund. Umbreit wohnte nämlich der Generalversammlung des

Textilarbeiterverbandes bei und sprach unverbündlich von dem eben. Vorhaben der Generalkommission zur Schaffung einer besonderen gewerkschaftlichen Arbeiterzeitung neben der „Gleichheit“. Die Textilarbeiter sprachen sich daraufhin entschieden gegen diesen Plan aus und wollen, um ihn schließlich zu vereiteln, selbst eine besondere Beilage für ihre weiblichen Mitglieder ihrem Verbandsorgan beifügen. Aus der Debatte ging hervor, daß leitende Gewerkschaftskreise mit der „Gleichheit“ unzufrieden sind; sie schreiben zu hoch, womit Arbeiterinnen, die neu in der Gewerkschaftsbewegung kämen, nichts anfangen könnten. Auch würde der sozialistische Charakter der „Gleichheit“ zu stark hervorgehoben. Das richtige Verhältnis sei, wie Legien hervorhob, daß die Arbeiterinnen erst als Gewerkschaftlerinnen gewonnen und dann zu Sozialistinnen erzogen würden und nicht umgekehrt. Die Textilarbeiter dagegen legten auf die Erziehung ihrer weiblichen Mitglieder zu Sozialistinnen großen Wert; sie beziehen die „Gleichheit“ ständig in 20 000 Exemplaren und haben noch kürzlich eine besondere Agitationsnummer in 250 000 Exemplaren herstellen und verbreiten lassen.

Eine Enttäuschung brachte das Referat von Fräulein Grünberg-Münberg über die Agitation unter den Dienstboten. Das ganze Referat bestand in einer kurzen Darlegung der rechtlichen Stellung der Dienstboten und im übrigen aus den bekannten Klagen über den Dienstbotenstand. Von Erfahrungen mit der Organisation der Dienstboten keine Spur. Zwischen der Generalkommission und dem Hamburger Dienstbotenverein, der unter Leitung der Frau Hies steht, bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Form der Dienstbotenorganisation. Die Generalkommission hat die Ortskartelle angewiesen, örtliche Dienstbotenvereine zu gründen; später solle dann die Möglichkeit zur Schaffung eines Zentralverbandes erwogen werden. Frau Hies dagegen will jetzt schon einen Zentralverband schaffen und durch ihn die Agitation betreiben lassen.

Sehr lehrreich war die Diskussion über die Matfeier. Dem Kölner Kongress legte bekanntlich der Referent der Generalkommission eine Resolution vor, die die Beteiligung der Arbeitsruhe am 1. Mai zum Zweck hatte. Als dagegen sich eine große Opposition erhob, wurde die betreffende Resolution vor der Abstimmung zurückgezogen, worauf der Kongressvorsitzende erklärte, daß es jenseitig bei dem Beschlusse des Amsterdamer internationalen Sozialistenkongresses (1904) verbleibe, der die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai wo nur irgend möglich fordere. Im übrigen solle der internationale Sozialistenkongress zu Stuttgart in 1907 eine endgültige Regelung treffen. Der letzte Kongress war deutschseits von 300 Delegierten, die je zur Hälfte auf Gewerkschafts- und Parteikreise teilten, besetzt. In der deutschen Delegation einigte man sich dahin, daß künftig die Unterstützungen der Matfeiern ausschließlich von Partei und Gewerkschaften aufzubringen seien. Der sozialdemokratische Parteivorstand vereinbarte daraufhin mit der Generalkommission, daß die Ausbringung der betreffenden Unterstützungen den örtlichen Organisationen obliege. Dagegen erhoben die Ortskartelle Widerspruch; es werde Unmögliches von ihnen gefordert. Der Hamburger Kongress hätte sich jenseitig lediglich mit der Art und Form der Unterstützungsfrage der Matfeiern beschränken zu beschäftigen gehabt. Die meisten Redner sprachen sich indes, im Gegensatz zu Köln, gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai überhaupt aus. Eine Abstimmung hätte eine große Mehrheit gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai ergeben. Legien ließ indes eine solche nicht zu, weil sie, wie er sich ausdrückte, einer Disziplinlosigkeit gegenüber dem Stuttgarter internationalen Sozialistenkongress gleichkomme. Durch die Vereinbarung des Parteivorstandes mit der Generalkommission würden die örtlichen Radikalschichten zu Vernunft und Verantwortung gezogen, womit einer wilden, unüberlegten Arbeitsruhe obneben vorgebeugt wurde.

Die Diskussion gegen die Arbeitsruhe wurde mit großem Nachdruck von den Metallarbeitern geführt. „Die Auftragung von Matunterstützung an die Zentralkassen ist ein Zentralkassenlast an den Rücken der Gewerkschaftsbewegung. Wenn es den Schwärmern nachginge, die mit den Rücken nicht auf der Erde stehen, würden den Gewerkschaften allein durch die Matfeiern so viele Kassen entstehen, daß für ihre übrigen Zwecke nichts übrig bliebe. In Berlin wurde 1906 durch die Matfeieransperrung in manchen Großbetrieben eine zehnjährige Organisationsarbeit vernichtet. Durch die Kosten der Matfeiern wurden wir damals zur Freude der Metallindustriellen bei einer Schloßerbewegung kampfunfähig gemacht. Man nimmt uns mit der Arbeitsruhe die Möglichkeit, erfolgreiche Kämpfe für die Mitglieder führen zu können.“ (Cohen, Berlin, Metallarbeiter.) „Der Massengeist wird damit nicht gestärkt, daß jedes Jahr bei der Matfeier die Vertrauensleute gemäßigter werden. Das kann die festhaltendste Organisation nicht ertragen.“ (Masfata, Stuttgart, Metallarbeiter.) „Es bleibt schließlich nichts anderes übrig, als den arbeitslosen Arbeitern durchzuhalten und mit allen überlebten Einrichtungen aufzuräumen. Die Matfeier war eine Demonstration. Wenn wir stark genug sind, brauchen wir für Forderungen nicht mehr zu demonstrieren, dann können wir sie ver-

wirklichen. Bei starker Organisation wirkt eine Demonstration als Provokation, wodurch selbst Errungenes wieder gefährdet werden kann.“ (Hildebrand, Metallarbeiter.) „In einem Großbetriebe sagten uns die Arbeiter: dieses Jahr feiern wir das allerlechte mal. Ihr könnt künftig sagen, was ihr wollt. Wir haben es satt, uns jedes Jahr aufs Pfaster werfen zu lassen.“ (Vorhölzer-Stuttgart, Metallarbeiter.)

Die stärkste Verwandlung in den letzten drei Jahren war bei dem Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes, Moth-Berlin zu beobachten. Dieser redete in Köln bei der Generalfreizeitungsdebatte die radikalsten Töne. Im Jahre 1906 wurde er von ihm vertretenen Verband durch die Matfeieransperrung beinahe zerrieben, und in Hamburg gestand Moth resigniert zu: „Ich will aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. Nach dem, was vorgegangen ist, nach dem Schicksal und Spott, der aus unseren eigenen Reihen ausgeschüttet worden ist und nach den guten Gründen, die vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus gegen die Arbeitsruhe bei der Matfeier angeführt werden können, glaube ich jetzt nicht mehr, daß die Arbeitsruhe bei der Matfeier eine größere Ausbeutung gewinnen wird.“ Die Kölner Matfeierdebatte wurde von dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ folgendermaßen charakterisiert: „Es ging wie ein Aufschrei durch die Kongressverhandlungen. Schafft uns einen Boden, auf dem wir arbeiten können, verurteilt uns nicht zu einem stummen Gehorsam gegenüber Unmöglichkeiten, helft uns, es geht nicht so weiter.“

Auch für die Hamburger Matfeiertage wird damit der Nagel auf dem Kopf getroffen. In Köln wurde ausgeführt: auf internationalen Kongressen saßen die Ausländer Beschlüsse, deren Durchführung sie den Deutschen überließen. Nirgends hat man es mit so hartnäckigen Unternehmern zu tun als in der deutschen Großindustrie, nirgends sind die Unternehmer so geschlossen organisiert als in Deutschland, nirgends widersehen sich diese der Matfeier so energisch und erfordern letztere so gewaltige Opfer als in Deutschland.

Und dennoch fehlte auch in Hamburg wieder der Mut, eine längst unhaltbar gewordene Situation zu beenden. Man nimmt auch in Zukunft die Opfer der Matfeier als etwas Unvermeidliches hin und schimpft wie früher diejenigen Arbeiterzersetzer, die für unzulässige Demonstrationen, sowie für sonstige Fremdkörper in der Gewerkschaftsbewegung jedwede Mittel abliehen und die reinen gewerkschaftlichen Bestrebungen in Sonderorganisationen wahrnehmen. Diese Wahrheiten der sozialdemokratischen Agitation aufs nachdrücklichste entgegen zu halten, ist die Rubrik, die unsere Kollegen aus der Hamburger Tagung zu ziehen haben.

Stimmen zur Generalversammlung.

Zur Frage der Beitragserhöhung sind nun schon so viel Stimmen laut geworden, daß es sich erübrigt, noch lang und breit darauf einzugehen. Daß bei den hohen Unterstühtungen eine Beitragserhöhung über kurz oder lang notwendig war, darüber mußte sich jeder, der etwas rechnen kann, klar sein. Nur muß ich mich der Ansicht des Kollegen Schümmer anschließen, daß der jetzige Augenblick sehr ungünstig ist, wenn auch ein richtiger Gewerkschaftler sich sagen muß, daß mir gerade jetzt rufen müssen, um bei besserer Konjunktur erst zurück zu sein. Die praktische Gewerkschaftler muß aber auch mit der sehr großen Masse derjenigen Kollegen rechnen, die sich noch nicht so weit durchgerungen haben.

Nachdem aber jetzt in einer Reihe von Bezirken vom 1. Juli ab ein erhöhter Wochenbeitrag eingeführt ist, wäre ein Bremsen unsinnig und die Generalversammlung wird zu einer Erhöhung der Beiträge schreiten müssen. Nur möchte ich die Frage aufwerfen, ob es nicht besser wäre, in Gegenden mit niedrigen Löhnen den 50-Pfg.-Beitrag bestehen zu lassen und die Unterstühtungen zu erniedrigen, da selbige für diese Bezirke eigentlich auch als zu hoch bezeichnet werden müssen. Ich meine, es dürfte einer zu wählenden Kommission nicht allzu schwer fallen, schon jetzt eine Staffelung von 50 und 60 Pfg. einzuführen. Für eine allzu breite Staffelung der Beiträge kann ich mich nicht begeistern.

Von mehreren Seiten ist dann die Beamtensfrage angeschnitten worden, und ich meine, es kann nur nützlich sein, wenn auch diese leidenschaftlos behandelt wird. Es ist meiner Ansicht nach sogar unbedingt notwendig, wenn wir nicht Rüstungen entgegensteuern wollen, wie sie sich in den Freien und Hirschbunderschen Gewerkschaften breit machen. Die älteren Kollegen, werden sich noch zu erinnern wissen, wie vor Jahren alles nach Beamten lachte. (Ist auch heute noch so. Red.) Das sollte das Mittelmittel sein, welches dem Verband mit Weilenstiefeln vorwärts bringen sollte. Damals war es die Zentrale, welche bremsen mußte. (Muss sie auch heute noch. Red.) Nun gibt es schon Kollegen, die die Beamten nicht so ganz mehr als gleichberechtigt anerkennen wollen. Tatsache ist, daß sich die diesjährige Generalversammlung wohl überwiegend aus nicht mehr im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen zusammensetzen wird. Dieses ist auch

ganz natürlich. In den weitaus meisten Fällen werden die Kollegen sich sagen müssen, der Beamte hat infolge seiner Tätigkeit als Agitations- und Verwaltungsbeamter die meisten Erfahrungen sammeln können, hat eine viel bessere Uebersicht, ist mithin der geeignetste Kandidat, und wird deshalb gewählt.

Wenn Kollege Lüdke an der letzten Generalversammlung zu beweisen meint, daß die Beamten nicht die geeigneten Vertreter seien, so verweise ich ihn auf den Delegiertentag der Hirschbunderschen Gewerkschaft. Kollege Lüdke wird wohl kaum behaupten wollen, daß dort besonders weise Beschlüsse gefaßt worden sind. Ich würde es entschieden bedauern, wenn unsere Generalversammlung nichts Besseres zu Tage fördern würde. Dort hatte man die Beamten ausgeschlossen. Nach dem allerdings äußerst spärlichen Bericht zu schließen, hat man dort ja ein förmliches Vorgesicht über die Beamten abgehalten, und dieselben nicht nur zu Mitgliedern zweiter Klasse, sondern auch noch zu Staatsbürgern zweiter Klasse gemacht. Ich hoffe, unsere Beamten würden zum größten Teil nicht so an ihren Ämtern kleben, sondern würden, wenn ihnen von ihren eigenen Mitgliedern, deren Führer sie doch sein sollten, derartiges zugemutet würde, noch soviel Charakter haben und ihr Portefeuille zur Verfügung stellen, um, wenn es nicht anders geht, wieder zum Hammer und Meißel zu greifen.

Wenn ich mit dem Kollegen Schümmer darin übereinstimme, daß es anzustreben ist, daß das Lokalelement auf unseren Generalversammlungen mehr zur Geltung kommt, so tue ich das aus folgenden Gründen: Die Anstellung von Lokalbeamten und die damit Hand in Hand gehende Zentralisierung der Ortsgruppen hat zweifellos, besonders in Verwaltungs- und technischer Hinsicht, ihre großen Vorteile. Sie hat aber auch ihre Schattenseiten. Fast die ganze Verwaltungsarbeit liegt in den Händen von Beamten. Die Mitglieder haben bei weitem nicht mehr den Einfluß auf die Verwaltung des Verbandes, wie in früheren Jahren. Hier liegt die Gefahr vor, daß auch das Interesse an dem Verband bei den Mitgliedern, die im Arbeitsverhältnis stehen, schwindet. Darunter leidet die Agitationsarbeit, also das Beste und Bewährteste, Agitationsmittel. So weit mein Blick reicht, habe ich beobachten können, daß, sobald in einem Bezirk ein Beamter freigestellt wurde, die Mitgliederzahl in der Regel schnell wächst, eine Folge der intensiveren Agitation in öffentlichen und Werkstattversammlungen usw. Dies dauert eine Zeit lang, dann tritt der Stillstand ein, wenn nicht gar Rückgang. Die Gefahr für die Organisation zu gewinnen waren, sind durch die Großagitation gewonnen. Das Hauptgewicht muß nun auf die Kleinagitation gelegt werden, und da versagt dann meistens der Apparat. Das ist sicher, es wird nicht mehr in der Kleinagitation das geleistet, was früher geleistet worden ist.

Hier muß der Hebel angefaßt werden, es muß das Interesse an dem Verband gerade bei den Kollegen, die im Arbeitsverhältnis stehen, reger werden. Man erreicht dieses aber nicht dadurch, daß der Beamte den Mitgliedern möglichst viel Arbeit aus den Händen nimmt, sondern das Gegenteil ist wahr. Manche unserer Beamten sind eigentlich hier keine richtigen Taktiker. Sie befassen sich nach meiner Ansicht viel zu viel mit Arbeiten, die von den Kollegen selbst ausgeführt werden müßten. Sie müssen die Kollegen mehr mitarbeiten, mehr selbständiger werden lassen, umso interessierter werden diese an der Sache sein. Als Beweis dafür, daß es verfehlt ist, möglichst viel bezahlte Leute anzustellen, führe ich den Bezirk Essen an. Dort hat der freie Metallarbeiterverband im vergangenen Jahre, trotzdem er neben 9 freigestellten Beamten noch 650 bis 700 oder noch mehr besolbete Einlassierer angestellt hat, über 1000 Mitglieder verloren. Ein Beweis, wie falsch es ist, möglichst alles von bezahlten Leuten machen zu lassen. Das muß schließlich jeden Idealismus erlöchen, und bei den Mitgliedern das Gefühl erwecken, als seien sie nur Beitragszahler und Unterstützungsempfänger.

Sehen wir uns dann mal das Verbandsleben in den zentralisierten Ortsgruppen an. Wenn man eine Zentralisation Platz greifen bei den vielen, nicht lebensfähigen Grüppchen. Aber man ist nach meiner Ansicht zu weit gegangen, und hat hierdurch eine gesunde Regelmäßigkeit und Selbstständigkeit und das Selbstverantwortlichkeitsgefühl der Mitglieder zu sehr unterbunden. Man ist von dem Prinzip ausgegangen, möglichst eine große Ortsverwaltung mit einem freigestellten Vorsitzenden und Geschäftsführer an der Spitze. Ob dieses in allen Fällen richtig war, beweise ich an sehr vielen Fällen ist dadurch (nicht gewollt natürlich) das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder arg beschritten worden. Als Beispiel möchte ich die Ortsverwaltung Bochum anführen. Diese setzt sich aus einer Reihe meilenweit im Umkreis liegender früher kaum lebensfähiger Grüppchen zusammen. Um an der Generalversammlung teilnehmen zu können, müssen die an entfernten Enden wohnenden Kollegen alle 1,30 Uhr an Bahnhofs ausgehen. Die Folge ist, daß noch nicht der zehnte Teil der Mitglieder der unheimlichen Gedränge an den Generalversammlungen teilnimmt. Die neun Zehntel sind also von einer Beschlußfassung ausgeschlossen, wenn sie sich nicht große Unkosten machen

wollen. Von einem Massenbericht bekommt dadurch der größte Teil der Mitglieder nichts zu hören. (Kann der denn nicht auch in den Sektionsversammlungen bekannt gegeben werden? Neb.) Die Ortsverwaltung dochum will nun sämtlichen Mitgliedern hektographierte Massenberichte zustellen, was wohl auch anderswo empfohlen werden kann.

Ähnlich wie hier, mögen auch die Zustände anderswo liegen. Man wird mir wohl recht geben, daß dieses nicht geeignet ist, Interesse an der Sache bei den Mitgliedern wachzurufen. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß die Mitglieder mehr Einfluß auf die Verbandsgeschäfte gewinnen, es darf nicht alles in Händen von Beamten liegen. Die Folge davon ist, daß alle Mißerfolge den Beamten in die Schuhe geschoben werden und es richtet sich dann unversehens Mißtrauen gegen die Beamten ein, wie es bei den gegnerischen Verbänden schon tatsächlich der Fall ist. Und so meine ich, müßten auch Mittel und Wege gefunden werden, daß auf der obersten Instanz der Generalversammlung die im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen mehr zur Geltung kommen. Hängt doch am letzten Ende alles davon ab, das Interesse bei den im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen wach zu halten. Ich meine, es wäre auch so schlimm nicht, wenn die Generalversammlung mal tausend oder zweitausend Mark mehr kostet, und ich fürchte, die Zentrale spart dort am verkehrten Ende, wenn sie allein aus Sparmaßnahmen Rücksichten von einer Teilnahme der nicht als Delegierte gewählten Beamten nichts wissen will. Auch könnte man anstatt 40 Pfg. Delegiertensteuer 60 Pfg. erheben und nicht alle Vierteljahr 10 Pfg. sondern einmal, und zwar im ersten Quartal 60 Pfg. Neuzutretende Mitglieder hätten dann neben dem Eintritt sofort 60 Pfennig Delegiertensteuer zu entrichten. — Meine Ansicht in dieser Frage fasse ich dahin zusammen: Kein Zurückdrängen und keine Degradierung der Beamten auf der Generalversammlung; auch kein Zurückdrängen der im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen. Die goldene Mittelstraße muß auch hier gewandelt werden.

B. Steven-Herne.

Da sich in den letzten Nummern unseres Organs mehrere Kollegen zu Gunsten der Staffelbeiträge ausgesprochen haben, erachte ich es für notwendig, daß der Sache etwas näher zu Grunde gegangen wird. Meiner Ansicht nach wäre es ein großer Fehler, wollte man in ein und derselben Ortsgruppe verschiedene Beitragsstufen einführen, und dadurch Mitglieder I., II., III. und vielleicht auch noch IV. Klasse schaffen.

Will man die Staffelbeiträge einführen, so würde für die einzelnen Ortsgruppen doch nur eine Staffel in Frage kommen können, denn die Lebenshaltung ist im selben Ort für jeden Arbeiter dieselbe, und danach müßte die Staffelung, resp. der Unterstufungsgrad, festgelegt werden. Wir haben in Deutschland Gegenden mit niederem, und wieder andere Gegenden mit höherem Durchschnittslohn. Da müssen wir zugeben, daß in den Gegenden mit niedrigem Lohn die Lebenshaltung nicht so teuer ist, wie in den besser bezahlten Gegenden, folgedessen auch in jeweiligem Unterstufungsfall der Unterstufungsgrad nicht so hoch sein brauchte, wie in letzteren. Jedenfalls ist aber unser heutiger Unterstufungsgrad in den Bezirken mit niedrigem Lohn als angemessen zu betrachten, und es würde auch nicht ratsam sein, denselben zu kürzen.

Jedoch steht die Beitragsleistung nicht mit unserem heutigen Unterstufungsgrad im Einklang, und da muß mir jeder Kollege, der einen Einblick in die Kasienverhältnisse hat, zustimmen, daß, wollten wir einen genügenden Kampffonds sammeln, die Beiträge mindestens auf 60 Pfg. erhöht werden müßten. Das muß unsere Generalversammlung beschließen.

Ich glaube, daß aus Obigem zur Genüge hervorgeht, daß eine Staffelung innerhalb der einzelnen Ortsgruppen nicht ratsam ist. Ob nun die Einführung der Staffelbeiträge für das ganze Verbandsgebiet zu empfehlen wäre, möchte ich auch noch bezweifeln, allein schon wegen der verteilten Verantwortlichkeit. Wenn auch zugegeben werden muß, daß in Gegenden mit teurer Lebenshaltung wohl eine Erhöhung der Unterstufungsätze am Platze wäre, so ist das immerhin noch kein Grund zur Einführung von Staffelbeiträgen. Wir dürfen niemals aus dem Auge lassen, daß die Unterstufungen den Arbeitslohn nicht erreichen können und nicht erreichen dürfen.

Eine Anpassung an die örtlichen Verhältnisse kann meines Erachtens besser durch die einzelnen Ortsgruppen selbst geschaffen werden, indem sie durch Lokalbeiträge eine Zusatzunterstützungskasse errichten; jedoch würde ich es nie für diejenigen Unterstufungsarten empfehlen, wo keine andere Klasse in Betracht kommt, wie Streiks-, Maßregelungs-, Arbeitslosenunterstützungen u.

Damit aber hiermit kein Insua getrieben werden kann, ist es unbedingt notwendig, daß die Festsetzung der Beiträge und der Unterstufungsätze von der Gesamtheit des Zentralvorstandes abhängig zu machen sind. Auch darf die Rückwärtsunterstützungskasse nicht mit der Lokalasse verquittet sein.

E. Lemens Schütte-Mülheim-Sturum.

In unserem Organ haufen sich erfreulichweise die Stimmen derjenigen Kollegen, welche für die Staffelbeiträge eintreten. Die Einführung der Staffelbeiträge ist nach meiner Ansicht für den Verband und die Mitglieder das Richtige. Kollege Weinpremer-Damm u. W. hat in Nr. 2. einen ganz annehmbaren Vorschlag gemacht, I. Kl. 40, II. Kl. 50, III. Kl. 60 Pfennig Verbandsbeitrag. Dazu kommt dann der übliche Sozialzuschlag von 10 Pfg. Den Beiträgen gemäß sind natürlich die Unterstufungen.

Wenn nun von einigen Kollegen behauptet wird, daß die Staffelbeiträge nicht im Interesse des Verbandes eingeführt werden dürfen, so ist das eine ganz irrige Ansicht. Man muß doch auch die Sache von dem Standpunkte aus betrachten, ob es jedem Vater möglich ist, pro Woche 70, 80 oder 100 Pfg. zu entbehren, ohne daß die Familie davon Schaden hat. Bei den ungleichmäßigen Löhnen muß ein jeder Kollege mit mir übereinstimmen und sagen: nein. Auch kann bei der Einrichtung der Staffelbeiträge von Kollegen erster, und zweiter Klasse, oder Einführung des Stapelbeitrages keine Rede sein. Angenommen, ein Kollege verdient pro Woche 15 Mk. und zahlt 50 Pfg. Beitrag; ein anderer bekommt 30 Mk. und mehr pro Woche, gibt 70 Pfg. Beitrag. Wer hat da wohl unsere Lage besser erkannt? Wer ist hier der opferwilligste? Hier gilt vor allem der Spruch „Einer für Alle“ und „Alle für Einen“. Ja, ich schätze den ersten viel höher, als den zweiten Kollegen. Darum, ihr Delegierten! Heraus mit den Staffelbeiträgen! Das ist das einzig Gerechte.

Nun noch einiges zur Beamtenfrage. Einige Mitglieder sind der Meinung, daß die Beamten nicht die richtigen Vertreter der Kollegenschaft auf der Generalversammlung sind. Das ist nach meiner Ansicht grundfalsch. Wie es scheint, vergißt man ganz und gar woraus die Beamten hervorgegangen sind. Es sind und werden unsere Kollegen bleiben, denen wir in allen Fragen ungeteiltes Vertrauen entgegen bringen müssen. Aber denkt man vielleicht, sie bekommen einen derartig hohen Lohn, daß ihnen das Fett in Strömen um den Mund läuft und sie den Zusammenhalt mit uns verlieren? Der ganze Grund wird darin liegen, daß einige Kollegen die emsige Arbeit unserer Beamten nicht in dem Maße anerkennen und würdigen, wie es rechtmäßiger Weise gebührt. Die Beamten müssen sich so manche liebe Nacht herumplagen, wo sehr viele von unseren Kollegen, in den weichen Federn liegen und sich ausruhen. Sie haben nur Aufregung und Verdruß an allen Ecken und Enden und zudem doch auch eine schwerwiegende Verantwortung für das Wohl und Wehe der Mitglieder und des Verbandes zu tragen. Ich rate denjenigen Kollegen, welcher nicht meiner Ansicht ist, seine Handtätigkeit mal einzustellen und nur mal einige Zeit Kopfarbeit zu leisten. Er wird dann bald anderer Meinung sein.

W. P. H. I. R. - Wolfenbüttel.

Im Vordergrund steht augenblicklich die Frage über das Beitragswesen. Ob dasselbe geändert und wie dasselbe gestaltet werden soll, das hängt von dem am 28. Juni gewählten Delegierten ab. Im allgemeinen sind sich die meisten Kollegen darüber klar, daß wir, um allen Anforderungen, die an den Verband gestellt werden, vollauf genügen zu können, die Beiträge erhöhen müssen. Im zweiten Punkte gehen die Meinungen dann auseinander. Die einen wünschen Staffelbeiträge, die andern sehen den Einheitsbeitrag lieber. Ich für meine Person glaube aber, daß wir mit Staffelbeiträgen nicht weit kommen werden. Wenn wir zum Beispiel bei Staffelbeiträgen in der I. Kl. 30, in der II. Kl. 50 und in der III. Kl. 70 Pfg. zu zahlen hätten, so würde die Mehrzahl unserer Kollegen 30 und 50 Pfg. bezahlen und diejenigen, die 70 Pfg.-Marken haben, würden nicht einmal die Lücke ausfüllen, die zwischen 30 und 50 Pfg. besteht und wir ständen alsdann nachher schlechter als vorher. Weiter würden wir dann mehrere Klassen von Kollegen haben und bei den verschiedensten Anlässen würden sich dann die Kollegen die Leistungen vorwerfen, besonders, wenn es an's Auszahlen der Unterstufungen geht. Es würde sich auch die Arbeit in den Ortsbeiratsungen vermehren.

Man erhöhe also die Beiträge einfach von 50 auf 60 Pfg. damit wir immer genügend Pulver haben, denn Geld regiert die Welt und mit großen Mitgliederzahlen jagen wir den Unternehmern keine Furcht ein, sondern nur mit einer gut fundierten Kriegskasse. Weiter könnte man dann die Unterstufungsätze bei Krankheit ermäßigen, etwa anfangend bei 4 Mk. bis zum Höchstbetrage von 8 Mk. Die Arbeitslosenunterstützungsätze dagegen etwas erhöhen, etwa von 7 Mk. anfangend bis zu 11 Mark, denn bei Krankheit tritt die Unterstufung der Krankenkasse gleich ein. Man könnte dann auch die Dauer der Unterstufung auf 13 Wochen herabsetzen. Wir können uns ohne Unterlaß weiter und trage jeder Kollege sein kleines Opfer gern, wenn es von ihm verlangt wird, zum Wohle des Verbandes und unserer hehren und gerechten Sache.

Albert Doebele-M. Glabbach.

Die lebhafteste Diskussion in unserem Organ über unsere Generalversammlung in München legt bredestes Zeugnis ab, für das Interesse, welches unsere Kollegen

derselben entgegen bringen. Im Vordergrund steht besonders Beitragsserhöhung und Unterstufungsweisen. Von der Lösung dieser beiden Fragen hängt das Wohl und Wehe unseres Verbandes und seiner Mitglieder ab. Auch ich möchte meiner Ansicht Ausdruck geben.

Zunächst will ich kurz auf die Kritik aus Frankenthal eingehen, die sich in der vorletzten Nummer mit der Wählbarkeit unserer Beamten als stimmberechtigte Delegierte zur Generalversammlung beschäftigt. Nicht allein in Frankenthal gibt es Kollegen, die die Beamten nicht gerne als Delegierten zur Generalversammlung gehen sehen, sondern auch hier in Essen. Es sind meistens solche Kollegen, welche glauben, nur sie allein könnten die Interessen des Verbandes und der Mitglieder wahrnehmen. Als Grund hört man meistens, die Beamten seien von der Zentrale abhängig und müßten so abstimmen, wie es von derselben verlangt würde. Glauben diese Kollegen denn vielleicht, unsere Beamten hätten ihr Gewissen mit Chloroform betäubt, oder sie seien durch ihre Anstellung Sklaven der Zentrale geworden? Und dann noch eins. Hat nicht auch die Verbandsleitung das Wohl der Mitglieder und des Verbandes stets im Auge? Wofür arbeitet sie denn sonst als nur für die Mitglieder des Verbandes. Hat nicht der Beamte mehr Fähigkeit als Delegierter als ein im Arbeitsverhältnis stehender Kollege? Der Beamte kommt auf alle Fälle mehr mit den Kollegen der verschiedensten Orte in Berührung, als ein anderer Kollege. Unsere Beamten sind doch die tüchtigsten Kollegen in der Bewegung, und diesen sollten wir nicht das Vertrauen schenken können, daß wir sie als stimmberechtigten Delegierten zur Generalversammlung schicken. Und zu dem sind unsere Beamten durch ihre Anstellung keine Mitglieder zweiter Klasse geworden. Mit Notizen wie der obengekennzeichneten schürt man nur Streit zwischen Beamten und Mitgliedern. Aus diesem Grunde täte die Redaktion gut, derartigen Zuschriften Aufnahme zu gewähren im — Papierkorb.

Nun zur Beitragsserhöhung. Jeder Kollege, der die Ein- und Ausgaben unseres Verbandes betrachtet, muß sich sagen, daß es so nicht weiter gehen kann. Die Unterstufungen zu kürzen, wäre meines Erachtens unklug. Aber auch die Beiträge einheitlich zu erhöhen, würde wohl einen Verlust an Mitglieder zur Folge haben. Bei der Beitragsserhöhung haben wir vor allem Rücksicht zu nehmen auf die gegenwärtige wirtschaftliche Krise und auf unsere schlechter entlohnerten Mitglieder. Auch hier in Essen haben wir Metallarbeiter, durch die Krise einen beträchtlichen Ausfall an Lohn gehabt, teils durch Einführung der achtstündigen Schicht, teils durch Reduzierung der Löhne. Wenn Kollegen von einem Verdienst von täglich 3,50 bis 4 Mark wöchentlich 55 Pfg. an den Verband abführen, so muß man sagen, daß diese Kollegen auch häufig eine zahlreiche Familie zu ernähren haben. Ein Kollege, der ein Verdienst von 5—6 Mark täglich hat, ist sehr wohl in der Lage, 70 Pfg. und noch mehr Beitrag zu bezahlen. Aus all diesen Gründen möchte ich den Vorschlag machen, unsere Beiträge in 2 Klassen zu teilen. Die erste Klasse mit einem Verdienst bis 4,50 Mk. und dem jetzigen Beitrag, die zweite Klasse mit einem Verdienst von über 4,50 Mk. und einem Beitrag von 60 Pfg. Die erste Klasse müßte sich alsdann mit einer kleinen Herabsetzung der bestehenden Unterstufungen abfinden. Für die zweite Klasse blieben die jetzigen Unterstufungsätze bestehen.

Es sind in unserem Organ die verschiedensten Gründe gegen den Staffelbeitrag angeführt worden. Auch ich war Gegner desselben, habe aber vor kurzer Zeit eine andere Stellung in dieser Frage eingenommen müssen. Ich befürchte nämlich, daß bei einer einheitlichen Beitragsserhöhung die schlechter entlohnerten und ungelerten auf einem niedrigeren Niveau stehenden Arbeiter schwer zu halten sind. Wir würden schließlich eine Organisation besitzen, die nur aus gelernten und gutentlohnerten Arbeitern bestände. Was diese Organisationen sind, beweist uns die Arbeiterbewegung in England. Und solche Zustände wollen und wünschen wir nicht, wie Kollege Wieber kurz nach der Englandsreise in einer Versammlung mit Recht ausführte. Wir sehen also, daß von einer Klasseneinteilung durch die Staffelbeiträge keine Rede sein kann, wohl aber das Gegenteil.

Als weiteren Grund gibt man gegen die Staffelbeiträge an, es entsände dadurch der Zentrale, den Ortsgruppen Vertrauensmännern usw. zu viel Arbeit. Unsere obengenannten Funktionäre werden gerne diese kleine Mehrarbeit übernehmen, wenn sie sehen, daß dadurch umso leichter immer neue Scharen gewonnen werden, zum Segen und Nutzen unseres Standes. Für unsere Delegierten sollen nicht persönliche Ansichten maßgebend sein, sondern das Wohl des gesamten Arbeiterstandes. Möge deshalb unsere Generalversammlung in München den richtigen, oben gekennzeichneten Weg finden, das walte Gott!

Karl Zorn-Essen.

Anmerkung der Redaktion. Kollege Schirm verlangt, daß Zuschriften, die nur Mißtrauen gegen die Beamten fassen, im Papierkorb aufgenommen werden sollten. Mit dieser Ansicht steht er jedenfalls nicht allein da. Wir haben diese vielleicht sehr bedrückte Praxis bisher nicht gehandhabt, und zwar aus menschlichen Gründen. Erstens sind es nur einzelne wenige Kollegen in

unserem Verbands, die von der „Krankheit der De-
amtegegnerisch“ aus gegnerischen Verbänden an-
gesteckt sind. Wir haben ihrer Kritik Raum gegeben und
die weit über das Maß gehenden „Kollegialitäten“ ja so-
fort in die Schranken zurückverwiesen. Zudem wird auf
die Frage noch eingehender zurückzukommen sein, auch
auf der Generalversammlung selbst. Hätten wir die Zu-
schriften der Kritiker dem Papierkorb überlassen, wie
Kollege Sch. und viele andere es wünschen, so hätten sich
die betr. Einsender zweifellos über Unterdrückung der Mei-
nungsfreiheit, Verletzung der Demokratie usw. beklagt. Das
Bergnügen ist ihnen mit der Ausübung ihrer Berufung
erspart. Außerdem kann eine innerlich kerngesunde Organi-
sation wie unser Verband auch die Kritik und Mängel-
sucht einiger Unzufriedener mit aller Ruhe ertragen, und
unsere freigestellten Kollegen werden es wohl bedauern,
wenn sie Unbunt und Mißtrauen für ihre Tätigkeit von
denen ernten, für die sie arbeiten, aber sich deshalb
nicht weiter betreten lassen.

In der Sache selbst hat Kollege Sch. den Kernpunkt
der ganzen Frage berührt. Gibt man die Mißtrauischen,
so könnte es scheinen, als ob sich auf der General-
versammlung zwei Parteien — Zentrale und Mitglieder
— gegenüberstünden. Die Beamten, als Abhängige der
Zentrale, seien nun keine geeigneten Vertreter der Partei
der Mitglieder. Das ist aber kompletter Unsinn. Zwi-
schen Zentrale und allen Mitgliedern, die das Wohl des
Verbandes im Auge haben und keine egoistischen, un-
möglichen Ansprüche an ihre Organisation stellen, kann
es keine Gegensätze geben und gibt es in unserem
Verbande auch Gott sei Dank nicht. Ebenso ist es auch
im Verhältnis der Mitglieder zu den Beamten. Zentrale
und Beamten arbeiten nur für die Mitglieder,
für die Weiterentwicklung des Verbandes
und sind einzig und allein für die Kollegenschaft da, nicht
etwa umgekehrt. Damit sind auch sachliche Gegensätze
vollständig ausgeschlossen. Wer dennoch von solchen
Türmepolitik oder läßt sich von egoistisch-persönlichen Mo-
tiven leiten.

Gewerkschaftliches.

**Scharfmacher und Koalitionsrecht der Ver-
triebsbeamten.**

Der Vorsitz des Verbandes bayerischer Metallindus-
trieller gegen die Koalitionsfreiheit der technischen und
kaufmännischen Beamten seitens der Quelle dieser
aktion, bei der Augsburg Maschinenfabrik, schon die-
selben Mitten, wie sie bei den Arbeitern zu beobachten
waren und leider in den gelben Arbeitsmüllvereinen
reichliche Früchte getragen haben. Der Aufsichtsrat der
genannten Firma hat jetzt ein neues, nach Ansicht
dieser gelben Nährväter wirkungsvolles Mittel ausfindig
gemacht, um das Koalitionsrecht der Beamten dieser
Maschinenfabrik zu untergraben. In seiner letzten Sitzung
faßte er nämlich, wie die „Augsburger Postzeitung“
mittelt, den Beschluß, jedem kaufmännischen Beamten,
der aus seiner Organisation austritt, ein „Geschenk“ in
Höhe von 500 M. zu überweisen. „Das Mittelchen“,
so berichtet das genannte Blatt, „hat bereits gewirkt.“
Wie man sich sogar im Stockhauskeller öffentlich erzählte,
haben bereits mehrere Beamte ihr Koalitionsrecht ver-
kauft und das Gnabengeld in Empfang genommen.“

Das Koalitionsrecht der Beamten wird also höher
bezahlt wie das der Arbeiter, oder ob der Preis desselben
im allgemeinen im Steigen begriffen ist? Die Wöllinger
Hütte bezahlt ihren Arbeitern bekanntlich nur 20 Mark
jährlich für das Koalitionsrecht; die Burbacher Hütte
eine Pauschalsumme für sämtliche gelben Hüttennechte
von 150 000 M. jährlich, wo jeder Gelbe etwa 30 bis
60 M. erhält; am schlechtesten bezahlte das Eisenwerk
Kramer in St. Ingbert, das bekanntlich den Arbeitern
billige Kartoffeln andot, wenn sie dem christlichen Metall-
arbeiterverband Beilei sagen würden. Die Beamten der
Augsburger Maschinenfabrik bekommen nunmehr schon
500 Reichsmärker, wenn sie ihre bürgerliche Ehre und
ihre gesetzlichen Rechte dafür verkaufen wollen. Wir
schrieben schon vorausahnend in Nr. 26 „Der deutsche
Metallarbeiter“: „Interessant ist, daß bei diesem Schlag
gegen die Angestelltenverbände die velsenante Augs-
burger Maschinenfabrik (Mährmutter der Gelben) und
der Direktor Guggenheimer die treibende Kraft sind.
Wenn es unter den Beamten und Handlungsac-
lassen gewissenlose und dumme Elemente genug gibt,
wird sich wohl auch bald von Augsburg aus der „Segen“
einer gelben Beamtenbewegung über Deutschland aus-
breiten.“ Wenn?

Jetzt wird in der Tagespresse vom Verband bayri-
scher Metallindustrieller die Mitteilung demontiert, daß
der Beschluß, die organisierten Beamten auszumergen,
zurückgezogen sei. Die nähere Prüfung sei noch in der
Schwebe. Es soll also wahrscheinlich doch noch gemäß-
regelt werden.

**Der christliche Hilfs- und Transportarbeiter-
verband**

hielt in den Tagen vom 4. bis 8. Juli in Aichaffens-
burg seinen 4. Verbandstag ab. Der Zentralvorsitzende
Dewald erstattete den Rechenschaftsbericht. Aus dem-
selben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von
12158 auf 13505 gestiegen ist, so daß sich eine Zu-
nahme von 3347 ergibt. Der Vorstand konstatiert eine

starke Fluktuation der Mitgliederzahl. Von den zahl-
reichen Lohnbewegungen führten 98 zu Streiks und
Ansperrungen. An 182 Tarifverträgen, die zum größ-
ten Teil von dem Verbände selbständig abgeschlossen
wurden, ist derselbe beteiligt. Demgemäß sind einem
großen Teile der Mitglieder namhafte Verbesserungen
der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugeführt worden.
17 freigestellte Beamte sind für die Verwaltung und
agitatortische Ausbreitung des Verbandes tätig. Einen
erfreulichen Fortschritt hat derselbe bezüglich der finan-
ziellen Entwicklung zu verzeichnen. Die Gesamteinnahmen
während der zweijährigen Berichtsperiode betragen
430 527,40 M., denen 369 908,40 Ausgaben gegen-
überstehen, sodas am Schlusse des Geschäftsjahres (31.
März 1908) ein Vermögen von 79318,51 M. vor-
handen war. Die Einnahmen und Ausgaben haben sich
gegenüber dem vorhergehenden Berichtsjahre mehr als
verdoppelt. Die Ausgaben für Unterhaltungszwecke
stehen mit 111 956,68 M. zu Buche und summieren
sich wie folgt: Streik- und Maßregelungsunterstützung
85 957,76 M., Reise- und Kollageunterstützung 10132,72
M., Kranken- u. Arbeitslosenunterstützung 10 487,01 M.,
Rechtschutz 2438,18 M. und Sterbegelder 2 942 M.
Das Verbandsorgan, die „Gewerkschaftsstimme“, erscheint
wöchentlich einmal und hat an Umfang eine wesentliche
Vergrößerung erfahren. Neben den in der Industrie
und im Transportgewerbe beschäftigten Arbeitern gehören
in Bayern dem Verbände auch über 3000 staatliche
Forst- und Militärarbeiter an. Kleine Anfänge hat der
Verband auch schon mit der Organisierung der land-
wirtschaftlichen Arbeiter gemacht, für die bereits schon
einige Tarifverträge mit Gutsbesitzern abgeschlossen
wurden.

Die Generalversammlung beschloß, den Sitz des
Verbandes von München in eine mehr zentralere Lage,
in das mittlere Deutschland, und zwar nach Aichaffens-
burg zu verlegen. Der Titel des Verbandes wird in
Zukunft lauten: Zentralverband der Staats-, Gemeinde-,
Verkehrs-, Hilfs- und verschiedener Industriearbeiter.
Der bisherige Zentralvorsitzende des Verbandes, Abg.
Dewald wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt. Als
2. Verbandsvorsitzender wurde Bezirksleiter Tremmel
Mannheim gewählt, als Zentralkassierer der bisherige
Inhaber des Postens, Harter-München. Die General-
versammlung nahm eine Revision des Verbandsstatutes
vor, wobei eine namhafte Verbesserung des Unterstühtungs-
weizens durchgeführt wurde. Abg. Dewald erläuterte
auf der Generalversammlung die Grundzüge der kom-
munalen Arbeiterpolitik. Da der Verband schon jetzt
eine namhafte Zahl von Gemeindefarbeitern in sich ver-
einigt und in Zukunft den Verhältnissen der Gemeindef-
arbeiter ein noch größeres Augenmerk zuwenden wird,
einigte man sich in einer längeren, regen Diskussion auf
eine Reihe von Grundsätzen, nach denen künftig gear-
beitet werden soll. Verbandssekretär Weigler referierte
über die Agitation und die Taktik bei Lohnbewegungen
und Streiks, sowie über das Verhalten gegenüber dem
Gegner. Seine diesbezüglichen Anregungen fanden die
einstimmige Zustimmung der Generalversammlung, ebenso
das diesbezügliche Korreferat des Generalsekretärs Steger-
wald, der dem Verbandstage vom Anfang bis zum
Schlusse als Vertreter des Gesamtverbandes behauptete.
Von Interesse dürfte sein, daß auf dem Begrüßungs-
abend am Sonntag der Bürgermeister der Stadt Aichaffens-
burg, Herr Dr. Matt, in rüchhaltigen Worten sich
namens der Bürgerschaft für die Grundzüge der christl.
Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen hat. Möge der
Verband nach seiner neuen Verfassung und an seinem
neuen Zentralsitz auch fernerhin die gleich günstige Ent-
wicklung nehmen, wie das in München geschehen ist, wo
er von dem leider zu früh verstorbenen früheren Zentral-
vorsitzenden Braun vor nunmehr 8 Jahren gegründet
wurde.

Zum Urteil des Elberfelder Landgerichts

in Sachen Deutscher Metallarbeiterverband contra
„Stahlwarenarbeiter“ bringt die „Metallarbeiterzei-
tung“ Nr. 28 einen kurz gedrängten Bericht, worin
einleitend gegen das Verfahren des Gerichts Ver-
wahrung eingelegt wird. Die seitens der Kläger be-
absichtigte Beweishebung zur Widerlegung der geg-
nerischen Behauptungen sei in „geradezu ungeheuer-
licher Weise beschränkt“ worden. Die niederschmet-
ternde Wucht des ergangenen Urteils sucht die „Met-
ztg.“ am Schluß dann weiter noch mit folgenden
Worten abzuschwächen:

„Gegen das Urteil ist bereits die Revision eingelegt
und es wird auch wahrscheinlich auf Grund des Bürger-
lichen Gesetzbuches gegen ihn vorgegangen werden. Die
Sache ist also noch lange nicht erledigt. Die, die es an-
geht, mögen ja ihre Junge und ihre Feder im Saume
halten, wenn sie sich nicht Unannehmlichkeiten bereiten
wollen.“

Angesichts des für die Leitung des Met.-Verban-
des schmachtvollen Ausgangs des Prozesses muß die-
se dreiste drohende Sprache mehr wie sonderbar und
komisch berühren. Zwei Gerichtsinstanzen haben doch
schon entschieden, und die eiblich gemachten Beu-

gemeinsamer, auf deren Grundlage die beiden Urteile
ergangen sind, können niemals aus der Welt ge-
schafft werden, selbst wenn der besagte Redakteur
des „Stahlwarenarbeiter“ wegen journalistischer Veteils-
ung verurteilt worden wäre oder noch verurteilt
würde. An dem begangenen und gerichtlich bestätig-
ten Arbeiterverrat könnte das sachlich gar nichts än-
dern. Und nur daran und nicht an dem Freispruch
oder der Verurteilung des Stahlwarenredakteurs hat
die Öffentlichkeit ein Interesse.

Wenn dieses Interesse und die Erörterung des
Solinger Prozesses besonders weitgehend ist, so liegt
daran der Vorstand des „Met.-Verbandes“ selbst die
Schuld, und zwar durch die Aktion der Massenbe-
leidigungsklage. In unserm Organ „Der Deutsche
Metallarbeiter“ z. B. wird der Solinger Prozeß nur
deshalb etwas eingehender erwähnt, weil der Vor-
stand des Met.-Verbandes auch unsern verantwort-
lichen Redakteur in der gleichen Angelegenheit vor
den Kadi zitiert hat. Wir sind stets von dem Grund-
satz ausgegangen und werden es in Zukunft auch so
halten, den Kampf sachlich zu führen und vor allem
das „Persönliche“ fernzuhalten. Als Beweis dafür
brauchen wir nur daran zu erinnern, daß wir z. B.
von einer sogenannten „Frühstücksgeschichte“, die von
anderer gegnerischer Seite maßlos ausgeschlachtet
wurde, mit keinem Worte Notiz genommen haben.
Nicht nur aus prozessualen, sondern aus Rechtlich-
keitsgründen lehnen wir es ab, mit solchen Mitteln zu
kämpfen. Die seit längerer Zeit besorgte Taktik des
Met.-Verbandes, wegen jeder mehr oder minder schar-
fen Auseinandersetzung gleich Beleidigungsprozesse
anzufertigen, kann zur Besserung des gegenseitigen
Verhältnisses jedenfalls nicht beitragen.

Der „Vorwärts“, der das erste Urteil in Solin-
gen totgeschwiegen hatte und sich deshalb einen Miß-
fall der Preßkommission gefallen lassen mußte, bringt
jetzt über das Urteil des Landgerichts Elberfeld einen
Bericht nebst einer längeren Anmerkung, worin es
u. a. heißt: „Außerordentlich bedauern wir, daß in
solcher Angelegenheit überhaupt Klage angehängt
wurde.“ Das werden jetzt nicht nur der „Vorwärts“,
sondern recht viele Genossen und wahrscheinlich auch
viele vorgestellten Privatkläger selbst bedauern. Die
soziald. Parteipresse hält zwar nach wie vor dem
soziald. Met.-Verband die Stange, sie wagt wenigstens
nicht, die des Arbeiterverrats überführte Leitung ab-
zuschütteln. Nur hier und da wagt sich eine leise
Kritik hervor. So schreibt die soziald. „Niederheinische
Arbeiterzeitung“ Nr. 154 im Anschluß an eine kurze
Wiedergabe des Prozesses:

„Wer den örtlichen Verhältnissen (in Solingen) fern-
steht, wird sich ja kein getreues Bild von den Zuständen,
wie sie zwischen den beiden Organisationen bestehen,
machen können. Soviel steht aber nach den Behand-
lungen fest, daß nicht einer Partei die Schuld allein
zuschreiben ist. Wie die Verhältnisse liegen, sollte man
beiderseits versuchen, kollegial miteinander auszukommen.
Ob seitens des Metallarbeiterverbandes nach dieser Rich-
tung hin immer der richtige Weg eingeschlagen ist, möchte
wir bezweifeln. Es scheint wohl, als ob die leitenden
Personen in Solingen nicht am richtigen Platze stehen.“

Zwischen den Zeilen werden hier wenigstens die
örtlichen Solinger Führer abgeschüttelt. — Für alle
Zeiten wird der Ausgang dieses Prozesses ein dunkler
Punkt in der Geschichte der sozialdemokratischen Ar-
beiterbewegung, insbesondere des deutschen Metall-
arbeiterverbandes bleiben. Es sind das die ungelassenen
Folgen einer zügel- und strupellosen Agitations-
weise, einer krankhaften Herrschsucht, die keinen andern
neben sich dulden kann und die nicht davor zurück-
schrückt, Laufende von Arbeitern, sogar eigene Gefin-
nungsgenossen, zu hintergehen und zu verraten, wenn
der Machtkitzel einzelner Führer es so verlangt. Daß
mit der Stärke und Macht einer Organisation auch die
Größe der Verantwortung wächst, haben die Führer
des Deutschen Metallarbeiterverbandes leider nicht
erkannt, wenigstens haben sie nicht danach gehan-
delt; im Gegenteil, diese Macht nur zur Unter-
drückung und Vernichtung des Schwächeren mißbraucht.
Eine solche gewalttätige, jeder Sozialität hohnspre-
chende Taktik aber mußte sich früher oder später
schwer rächen.

Für die christlich-organisierten Metallarbeiter sind
diese Vorgänge ein besonderes Miß-Tat. Wenn die
Sozialdemokraten schon unter sich solche Kampfmittel
— Teufeleien und Arbeiterverrat, wie es im Urteil
heißt, anwenden, dann mag man ermessen, welcher
Mittel man sich zu gegebener Zeit gegen die gehäßte
christliche Organisation bedienen wird.

Der Ahlener Beleidigungsprozeß

hat in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht
in Münster ein für die Kläger jedenfalls unerwartetes
Ende gefunden. Durch einen Artikel in Nr. 24
(1907) unseres Organs, der gegen die Maßregelungen
unserer Vertrauensmänner in den Westfälischen Stanz-
und Emailierwerken Protest erhob, fühlten sich be-
kanntlich die Herren Direktoren Kerkmann (jun.) und
Peters beleidigt und firennten gegen unseren Redakteur
Kollegen Bergmann Privatbeleidigungsklage an. Die
Beleidigung sollte insbesondere in den Seiten Worten
„Emaillekönig“ und „Musterbude“ zu suchen sein. In
der Schöffengerichtsverhandlung am 5. Dezbr. 07 in
Ahlen i. W. wurde der Beklagte zu 30 M. Geldstrafe

und Tragung der Kosten verurteilt. Das Urteil, noch mehr dessen Begründung, rief allgemeines Befremden hervor. Trotzdem die vorgekommenen Maßnahmen ungeliebt durch eibliche Zeugenaussagen bewiesen, auch sonstige schwere Missstände, wie persönliche Mißhandlungen von Arbeitern, nachgewiesen wurden, war in der Urteilsbegründung der Tatbestand einer Maßregelung verneint und außerdem gesagt, in dem Betriebe „herrschten gerichtsbekannt durchaus geordnete Zustände.“

Gegen das Urteil legte Kollege Bergmann sofort Berufung ein. Da wurde gegen einen der Zeugen, die am Ahlener Schöffengericht über die vorgekommenen Mißhandlungen ausgesagt hatten, ein Verfahren wegen Verdräht des Meineids eingeleitet, aber nach längerer Untersuchung als unbegründet eingestellt. Damit hatten die Privatkläger ihr Spiel schon zur Hälfte verloren.

In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht in Münster war die Situation dann auch sofort für die Privatkläger weniger rosig, für den Beklagten jedoch sehr günstig. Die Abweisung der Klage und der Freispruch des Angeklagten war mit Bestimmtheit vorauszu sehen. Vor Eintritt in die Verhandlungen mochte der Gerichtsvorsitzende einen Vergleichsvorschlag, der nach langem Hin und Her in folgender Fassung zustande kam:

Der Beklagte erklärt, (was er von Anfang an schon getan hätte. Red.) daß ihm die Klage fern gelassen, die Privatkläger persönlich zu beleidigen. Die Privatkläger ziehen die Privatklage zurück und tragen die gerichtlichen Kosten.

Unser Redakteur hätte es ruhig auf ein Urteil ankommen lassen können, aber er hat diesem Vergleich zugestimmt — allerdings erst nach längerem Zureden und auf tringenden Rat von ausmeinerer Seite —, um der Direktion der Westfälischen Stanz- und Emailierwerke und allen Unternehmern zu zeigen, daß es uns nicht darum zu tun ist, die Gegenstände zu verdrängen, sondern daß wir zum Frieden und gegenseitigen Ausgleich bereit sind. Durch die bisherige Haltung der Herren Privatkläger und der Verdrähten gegenüber unserem christl. Metallarb.-Verband war uns das wahrhaftig nicht leicht gemacht. Das vollständige Mißlingen dieser Aktion gegen den christl. Met.-Verband war hoffentlich den Ahlener Unternehmern eine Lehre sein, in Zukunft das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter zu respektieren und mit unserem Verband Frieden zu halten, dort aber, wo sich Gegenstände oder Meinungsverdrähten bilden, die durch gegenseitige Aussprache und Verhandlungen aus dem Wege zu räumen. Welche Teile werden besser dabei fahren und damit auch der Industrie und der Allgemeinheit gebient sein.

Der Prozeß am Landgericht in Duisburg, das uns bekanntlich durch eine vorläufige Entscheidung die Veröffentlichung eines Sperrvermerks mit der Warnung vor Zugang untersagen wollte, ist noch nicht erledigt, durch den Ausgang des Verdrähtprozesses allerdings fastlich gegenstandslos geworden. Die betreffende vorläufige Entscheidung des Landgerichts in Duisburg war übrigens so wie so in der Sache selbst gänzlich wirkungslos, weil wir den gerichtlich verbotenen Wortlaut des Sperrvermerks nur dahin umändern brauchten, daß uns keine noch so scharfsinnige Justiz deshalb etwas anhaben konnte, wie es auch tatsächlich ja geschehen ist. Auch daraus mögen allzeitige Arbeitgeber ersehen, daß mit gerichtlichen Entscheidungen u. Auslegungen unserer gewerkschaftlichen Arbeit und Entwicklung kein Halt geboten werden kann.

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Bewegung im Berliner Rohrlegergewerbe

In Nr. 26 unseres Verbandsorgans wurde das Verhalten des sog. Metallarbeiterverbandes (Zentrale Stuttgart) bei der Tarifbewegung für das Berliner Rohrlegergewerbe geschildert. Die zum 1. September d. J. in Kraft zu gehende Tarifveränderung soll unter allen Umständen nicht auf friedlichem Wege zustande kommen. Vorbedingung für das Zustandekommen eines neuen Tarifs ist die Einheitlichkeit im Vorgehen der in Frage kommenden Organisationen. Diese Einheitlichkeit hindert die Stuttgarter Verband als zentraler und behauptet die in Frage kommenden Arbeiter untereinander leidenschaftlich, erklärt sich in der ersten Versammlung für, in der anderen Versammlung wieder gegen die tarifliche Regulierung der Akkordarbeit, in einer anderen Versammlung erklärte der 2. Bevollmächtigte Handte der Berliner Ortsverwaltung, gemäß „Vorwärts“ vom 20. Mai, es sollen von den Unternehmern Verbesserungen für die Kollegen im neuen Tarif gefordert werden; in der nächsten Versammlung vom 14. Juni fällt er wieder um und sagt, es werden keine Forderungen eingereicht. Beschlüsse ließ man von den durch allerlei Reden irrezugemachten Arbeitern fassen, wonach der Stuttgarter Verband allein als Tarifkontrahent arbeitserseitig anzuerkennen sei, trotzdem mehr wie die Hälfte der in Frage kommenden Rohrleger und Helfer Mitglieder anderer Verbände sind.

Durch diese Treibereien hat er das Ansehen und die Stärke der Rohrleger auf Null in den Augen der Unternehmern gebracht, die die Unternehmern so provoziert, daß sie das schimpflichste den Rohrlegern ruhig bleiben dürfen. Daß sie die Situation nicht unangenehm übergehen lassen, dafür liegen heute schon Be-

weise vor. Es wird sich später dies noch häufig nachweisen lassen.

Und warum verfolgt der Stuttgarter Verband eine derartige arbeiterschädigende Taktik? Bedingt deshalb, um einen Abwehrstreik vorzubereiten, womit er den Zweck verfolgt, den ebenfalls sozialdemokratischen „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband“ (sogenannte Wiesenthal'sche Richtung), der mit etwa 1700 Mitgliedern bei einem eventuellen Abwehrstreik in Frage kommt, tot zu streifen. Das Verbandsorgan der Wiesenthal'schen Richtung, beifolgt „Deutscher Metallarbeiter“, schreibt hinsichtlich der Vorgänge in Nr. 25 vom 20. Juni cr.:

„Unsere Mitglieder, welche in Berlin das verräterische Treiben des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei der Lohnbewegung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend beobachteten, werden sich mit Ekel von dem widerlichen Treiben dieser unfähigen „Führer“ des D. M.-A.-V. abwenden.“

In die Berliner Rohrleger und Helfer werden die Verräter und Herbspitterer, welche ihr Treiben bei einer Branche versuchen, die sich in einer Lohnbewegung befindet, mit den gemeinsten Verbrechern auf eine Stufe stellen.“

Die Unternehmer nutzen die Situation auch schon weidlich aus. Da der Stuttgarter Metallarbeiterverband eine Resolution annehmen ließ des Inhalts, wonach nur Er als Tarifkontrahent arbeitserseitig anzuerkennen sei, und daß, was im Lager der Wiesenthaler geschehe, für ihn nicht in Frage komme, ist die Uneinigkeit im Arbeiterlager jetzt an die Öffentlichkeit gedrungen. Jetzt richten die Unternehmerverbände sich sofort dementsprechend ein. Auf ein Schreiben der Wiesenthal'schen Richtung, durch welches um Unterhandlung des neuen Tarifs nachgesucht wurde, antwortete der Unternehmerverband folgendes:

Berlin, den 23. Juni 1908.

An den
Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband
Berein Berlin und Umgegend.

Hier.

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß wir zu Verhandlungen über einen neuen Lohnarif bereit sind. Schlägen Ihnen jedoch vor, da wir mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband denselben Lohnarif abgeschlossen hatten, in einer Kommission, in welcher Ihr Verband sowohl wie auch der Deutsche Metallarbeiterverband vertreten ist, zu verhandeln und sehen einer Klärung hierüber entgegen.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeber-Verband im Rohrlegergewerbe.
gez. Ludwig Grün, Obermeister,
2 Rurlikauer

Der Unternehmerverband fordert also als Vorbedingung einer Unterhandlung eine aus beiden Arbeiterorganisationen bestehende Kommission, wissend, daß diese gemäß den Beschlüssen des Stuttgarter Metallarbeiterverbandes nicht zustande kommen kann.

Eine Resolution unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, nach deren Annahme eine Einheitlichkeit möglich gewesen wäre, wurde in einer öffentlichen Versammlung am 28. Juni seitens der Wiesenthaler scharf bekämpft und niedergestimmt. Unsere Resolution hatte folgenden Wortlaut:

Da die Erneuerung eines für die Rohrleger-Branche günstigen Tarifs, die Einigung aller beteiligten Gewerkschaften auf einem Einheitsstarifentwurf zur Voraussetzung hat, diese Einigung unter den obwaltenden Verhältnissen nur von einer neutralen Instanz angebahnt, Aussicht auf Erfolg hat, beauftragt die Versammlung das Bureau, sich an den Vorsitzenden des Vereins der Gesellschaft für Sozialreform zu wenden, und Herrn Prof. Franke zu bitten, durch Einberufung einer Konferenz, zu der die Leiter der beteiligten Organisationen eingeladen werden, eine Einigung zu versuchen.

Die Versammlung fordert alle Kollegen, gleichgültig, welcher Organisation angehören, auf, für eine Einigung und damit für das geistliche Befolgen einer Tariferneuerung zu agitieren.“

Die Annahme der Resolution hätte gewiß im Interesse der Rohrlegerbranche gelegen. Wenn man sie scharf bekämpfte und schließlich wieder stinnte, dann nur deshalb, weil man bezüchten wollte, daß in Berlin auch der christliche Metallarbeiterverband event. zur Geltung kommen könnte. — Der Unternehmerverband für das Rohrlegergewerbe nutzt die Situation noch weiter aus. Am 23. Juni ließ er einen Klatsch folgenden Inhalts in den Betrieben anschlagen:

Arbeitgeberverband im Rohrleger-Gewerbe.

Rohrleger, Schlosser, Helfer, Arbeiter, welche weder dem Deutschen Metallarbeiterverband, noch dem Allgemeinen Metallarbeiterverband angehören, werden in ihrem Interesse ersucht, dies brieflich dem Inhaber der Firma mitzuteilen.
(Name der Firma.)

Daß die Unternehmer die Gründung einer solchen Gewerkschaft planen, dürfte aus dem Klatsch zu folgern sein. Als der eigentliche Vater einer geübten Rohrlegerorganisation dürfte bald der Stuttgarter Metallarbeiterverband angesprochen werden.

Am 5. Juli fand nun im Berliner Gewerkschaftshaus wieder eine Rohrlegerversammlung statt, einberufen vom Stuttgarter Verband. Da man unserem Kollegen Winter schon am 28. Juni durch Versammlungsbeschlüsse das Neben vorbeugen hatte, suchte er durch gut angebrachte Zwischenrufe sich Geltung zu verschaffen. Als Handte, der 2. Bevollmächtigte, über die anderen Organisationen und besonders über Winter sein Herz erleichtert hatte, und sagte: „Wir der deutsche Metallarbeiterverband vertritt mit Geschick und Entschiedenheit die Rohrlegerinteressen — rief Winter, „grade wie in Solingen“, und als Handte weiter versuchte, die anderen Organisationen für das Vorgehen der Unternehmer hinsichtlich des Anschlages verantwortlich zu machen, erfolgte der Zwischenruf, „das ist doch die Höhe“. Vom Bureau wurden diese Zwischenrufe als unanständig und unparlamentarisch bezeichnet. Einige übertriebene veranlagte Genossen nahmen Veranlassung, durch allerlei Insulte und sogar durch Tätlichkeiten ihren Haß gegen Winter zu äußern. Winter in der persönlichsten Art anzugreifen und

Prüfungsfelder ausgrenzen. In der Versammlung vom 28. Juni sollte Winter gesagt haben, „durch seine Resolution bezwecke er nur dem deutschen Metallarbeiterverband eine Falle zu stellen“, und an anderer Stelle solle er geäußert haben: „wenn ich die Interessen der Rohrleger vertreten wollte, müßte ich nicht die Interessen meines Verbandes vertreten.“ Dieser Witz ist zu dumm, als daß man dagegen etwas sagt. Als sich Winter infolge dieser verlogenen Angriffe weils Abgabe einer Erklärung das Wort erbat, gab man es ihm nicht. — Eine feine Taktik!

Wie aus vorstehendem ersichtlich, geht es dem deutschen Metallarbeiterverband in erster Linie um die Alleinherrschaft. Um diese zu erzielen, bedient er sich der verwerflichsten Mittel. Das Urteil des Solinger „Stahlwarenarbeiter“ trifft nicht nur auf den Stuttgarter Zentralvorstand zu, es paßt auch für die größte seiner Ortsverwaltungen, für Berlin. — Leider müssen die Arbeiter die Kosten dieser arbeiterverräterischen Taktik bezahlen.

J. M.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur der Vorkorte, über den Stand der Bewegung einzuwenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Osnabrück. Im Osnabrücker Eisen- und Stahlwert sind infolge einer allgemeinen Lohnreduzierung Differenzen ausgebrochen.

Worzhelm. Sämtliche organisierte Kollegen und Kolleginnen der Holz-Staubbranche sind ausgepart!

Regensburg. Die hiesigen Kunst- und Bau-schlosser stehen in einer Tarifbewegung.

Mannheim. Bei der Firma „Brown & Overl“ stehen die Kollegen in Streit bezw. Aussperrung wegen Akkordreduzierungen.

Zugung ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerten in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserm dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Befammmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 19. Juli 1908 der dreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 26. Juli fällig.

Die Ortsgruppen Köln und Kassel erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages v. 70 Pf. — Die Sektion Unterlochen zur Erhebung von 65 Pf. wöchentlich. — Die Ortsgruppen Schwabach, Erlangen und Bromberg zur Erhebung von 60 Pf. wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeiternachwache sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Abrechnung vom 2. Quartal soll im Monat Juli von allen Ortsgruppen eingekandt werden. Ein großer Teil der Ortsgruppen hat auch bisher im ersten Monat nach Quartalschluß abgerechnet. Diejenigen Gruppen, welche bisher im 2. oder sogar im 3. Monat abrechnen, müssen es bisseits arbeitslos, ebenfalls im Juli abrechnen. Wir bitten deshalb an die Ortsgruppenvorstände das Ersuchen, sofort mit der Abrechnungsarbeit zu beginnen, damit bis ersten August sämtliche Ortsgruppen mit der Zentrale abgerechnet haben.

Zur Reichsarbeitslosenstatistik. Nachstehend müssen wieder eine Reihe von Ortsgruppen öffentlich gerügt werden, die ihre Zählkarte zur Reichsarbeitslosenstatistik trotz wiederholter Aufforderung nicht eingekandt haben. Es sind dies die Ortsgruppen: Altenau, Asbach, Eilschhausen, Delmenhorst, Godesberg, Kürth, Neustadt-Hardt, Nievern, Oberdreisbach, Oker, Posen, Rheinfelden, Ritrath, Sahn, Biersen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Aus dem Saargebiet. Nicht seltenem Verweigerung in den Hochburgen der Saarprovinz ist, daß die Polizei den Unternehmern gegen die Arbeiterorganisationen die Stange hält. Manche Ruhestat der saararabischen Polizei ist schon durch die Preis-

an die Öffentlichkeit gedrungen. Noch auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress im Oktober 1907 hat der Gewerkschaftssekretär Wernerus geschilbert, wie die Böllinger Polizei im Verein mit Herrn Böckling die christlichen Gewerkschaften belämpfte, indem die Polizisten unter dem alten Vereins- und Versammlungswort dazu übergingen, und Herrn Böckling (Platzbesitzer) die Namen derjenigen Arbeiter übermittelten, welche die Versammlungen besuchten. Trotzdem im September 1907 ein Arbeiter diese Anschuldigungen öffentlich der Polizei vorhielt, hat sich bis heute noch kein Polizist dagegen gewehrt. Also muß die Behauptung auf Wahrheit beruhen.

Welche Vorteile unter solchen Verhältnissen im Saarrevier das neue Vereinsgesetz bietet, braucht wohl nicht angeführt zu werden, denn jetzt müssen diese „Ordnungsmänner“ auf der Straße stehen bleiben, wenn sich die christlichen Gewerkschaftler versammeln.

Doch scheint die Neblingen-Weidingen Polizei ihre Böllinger Kollegen überbieten zu wollen. Diese Leute müssen dem Herrn „Kommerzienrat“ Rader im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereine unterstützen. Folgendes sei als Beweis dafür angeführt: Im Monat März dieses Jahres sollte in Neblingen eine Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes stattfinden. Der Herr Rader war mit den Vorbereitungsarbeiten beauftragt worden. Er ging auch deshalb zum beurlaubten Beigeordneten Herrn Mayer und meldete die Versammlung an und erhielt auch die Bescheinigung. Zwei Stunden später traf auch noch eine Anmeldung vom Gewerkschaftssekretär Peter Wäcker ein, jedoch eine halbe Stunde später? Was tat nun der Herr Beigeordnete? Er ließ sofort den Kollegen Rader zu sich beordern und erklärte ihm: „Er (Rader) sei nicht beauftragt, die Versammlung anzumelden, und forderte unter Androhung von 30 Mark Geldstrafe die Bescheinigung retour.“ Rader ließ sich verblüffen und handigte auch die Bescheinigung aus. Hierauf erklärte der Herr Beigeordnete:

„Die Versammlung kann nicht stattfinden, da die Anmeldung des Gewerkschaftssekretärs Wäcker eine halbe Stunde (!) zu spät eingetroffen ist.“

Die Versammlung, welche sehr gut besucht war, konnte infolgedessen nicht abgehalten werden. In dem Versammlungsort hatte aber der Vertrauensmann Raß Aufnahmezettel vom christl.-soz. Metallarbeiterverband verteilt, was ein Ordnungsmann bemerkt hatte und den R. daraufhin protokollierte. Raß erhielt kurze Zeit darauf ein Strafmandat von 15 Mark, weil er öffentlich Tractschriften ohne Erlaubnis verteilt hätte. R. legte selbstverständlich Berufung ein. Vor Gericht erklärte nun Raß, er hätte für seine Bemühungen drei Mark erhalten. Als das Gericht einsah, daß die Strafe nicht aufrecht zu halten war, wurde ein neues Verfahren wegen gewerkschaftlichem Verteilen von Flugdrucken eingeleitet. Die Hauptverhandlung fand am 30. Juni vor dem Schöffengericht in Saarlouis statt. Als Zeuge war neben einem Wachtmeister der Gewerkschaftssekretär Peter Wäcker geladen. Der Herr Wachtmeister konnte zu der Sache wenig ausagen; dagegen machte der Gewerkschaftssekretär Wäcker folgende Aussagen: „Der Kollege Raß (Angeklagter) ist Vertrauensmann von unserem Verbande. Unsere Organisation hat ungefähr 100 Vertrauensleute im Saarrevier, welche alle aus Idealismus und Interesse für die gute Sache tätig sind. Auch Raß ist einer von denjenigen, welche ohne Eigennutz für die Organisation arbeiten. Als Vertrauensmann hat er vor allem für die Ausbreitung der Organisation zu sorgen; dies kann er aber nur, wenn er keine Gelegenheit unbenutzt läßt, um neue Mitglieder zu werben. Dazu ist das Verteilen von Aufnahmezetteln notwendig. Raß hat bis jetzt sehr viel nach dieser Richtung für die Organisation getan, ohne dafür mit Ausnahme der drei Mark eine Vergütung bekommen zu haben. Diese drei Mark reichen aber bei weitem nicht aus, um dem Kollegen die direkten Unkosten, die er gehabt hat, zurück zu erstatten.“

Der Herr Staatsanwalt beantragte hierauf auch Freisprechung mit dem Bemerkens: „Wenn die Vertrauensleute so geschickte (?) Portemonnaies haben, dann ist eine Gewerkschaftlichkeit ausgeschlossen. Raß wurde dann auch freigesprochen.“

Derartige Vorkommnisse, wie sie hier geschildert sind, lassen so recht zum saararabischen System. Nur ein Mittel gibts, um hier andere Verhältnisse zu schaffen und das ist eine starke Arbeiterorganisation. Deshalb hinein ihr Arbeiter in den christlichen Metallarbeiterverband.

Waldschaffhausen. Die auf Samstag, den 4. Juli, angelegte Mittelbergsammlung war angehts der Wichtigkeit der Tagesordnung schlecht besucht. Entsprechend dem Besuch war auch der Geist, der die Versammlung beherrschte. Wenn man sonst gewöhnlich das weniger Erfreuliche aus Versammlungen in interessanten Sätzen usw. zu regeln sich bemüht, können doch außergewöhnliche Umstände einen dazu veranlassen, einmal etwas mehr an die Öffentlichkeit zu gehen, um Kritik an dem zu üben, was nicht richtig und uns schädlich ist.

Zunächst gefällt mir der herrschende Geist in unserer Ludwigshafener Ortsgruppe überhaupt nicht. Wenn man von anderen Ortsgruppen hierher kommt, fällt einem das sofort auf. Weit mehr kritisierte daher auch unser Bezirksleiter die kuriosen Ansichten einiger Kollegen in der Samstag-Versammlung, die er als ziemlich gekostet-

wandt mit denen der gelben Gewerkschaften bezeichnet, die aber nur der Linsenmaß der Erfolge der Gewerkschaftsbewegung entsprängen. Hätten die betr. Kollegen den Jahresbericht des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes für Mannheim-Ludwigshafen, den sie gegenüber den Ausführungen unseres Bezirksleiters ins Gesicht zu führen suchten, auch nur einigermaßen richtig gelesen, so hätten sie darin finden müssen, daß dort von gewaltigen Erfolgen, die durch die Opferwilligkeit und das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft errungen wurden, die Rede ist und daß man die Arbeiterschaft um diese Opferwilligkeit, Disziplin und Solidarität beneidet. Schreibt doch der obengenannte Jahresbericht (Seite 4) in Bezug hierauf wortwörtlich:

„Allein im Jahre 1906 haben die gewerkschaftlichen Zentralverbände in Deutschland eine Vertüfung der Arbeitszeit von durchschnittlich 3/4 Stunden pro Woche für 839 469 Arbeiter und eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 1,87 M. pro Woche für 691 703 Arbeiter, sind 87 Millionen Mark für das Jahr, erlöst, ohne die sonstigen Vorteile zu nennen, wie Verringerungen der Arbeitsstunden, Befreiung der Arbeiter von Sonntagsarbeit sowie den Abschluß von vielen Tarifverträgen.“

Möge man! Das schreibt ein Jahresbericht einer Unternehmerorganisation. Diese selben Leute aber, die in ihren Jahresberichten uns um dieser Errungenschaften beneiden, versuchen auch durch allerhand Manipulationen und Gründung gelber Gewerkschaften die Zwecklosigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vorzumachen. Mancher Kollege, und besonders solche, die keine Versammlung besuchen, kein Verbandsorgan lesen, fallen dann darauf herein und glauben diesen Spiegelfechtern und deren Sanklangern.

So nur kann es dann auch vorkommen, wenn selbst schon längere Zeit dem Verbandsangehörige Kollegen sich nutzlos zeigen und in ähnliche zweifelhafte Zusammenreden verfallen, wie es in unserer letzten Versammlung geschah. Darum, Kollegen, aufgewacht und sich aufgerafft. Haltet allen Zweiflern an der Gewerkschaftsbewegung und besonders den Trägern des Unternehmertums, die auch die Zwecklosigkeit der Gewerkschaftsbewegung klar machen wollen, das Sag vor, den sich der Jahresbericht des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes für Mannheim-Ludwigshafen zu eigen macht, indem er, ebenfalls auf Seite 4 dieses Berichtes schreibt:

„Die stärker und leistungsfähiger eine Gewerkschaft ist, und je geschickter sie die wirtschaftliche Konjunktur, die Lage des Arbeitsmarktes sowie alle anderen in Betracht kommenden Faktoren auszunutzen weiß, um so mehr Erfolge wird sie zu erringen in der Lage sein.“

Kollegen! Das ist die wahre Auffassung, welche auch die Arbeitgeber von der Gewerkschaftsbewegung haben, trotzdem man auch anderwärts anders zu „belehren“ sucht. Die das aber tun, tun es nur deshalb, um euch zu schädigen. Darum, Kollegen, handelt danach. Seid Opferwillig, bewahrt Disziplin, stärkt das Solidaritätsgefühl. Besucht die Versammlungen, lest eure Verbandsorgan, klärt euch und eure Mitkollegen auf, dann werden die Erfolge der christlichen Gewerkschaften und damit auch die unseres christlichen Metallarbeiterverbandes weiter sich vermehren.

Königsbühl. Abseits vom Industriezentrum, umgeben von einem herrlichen Walde, liegt das durch Wasserkraft betriebene Süttenwerk Königsbühl. Auf diesem Werke herrschen die denkbar schlechtesten Lohnverhältnisse. Der Durchschnittslohn beträgt hier noch nicht einmal 2 Mark pro Schicht. Auch die Behandlung der Arbeiter läßt manchmal viel zu wünschen übrig. Am schlimmsten wirkt die Schmutzkonkurrenz der ausländischen Arbeiter. Die Unternehmer, welche sonst nicht oft und laut genug ihre nationale Gesinnung betonen können, suchen aber die einheimischen Arbeiter auszumerzen und ziehen ausländische Arbeitskräfte heran, denen sie aber einen weit höheren Lohn zahlen wie den eingewanderten viel leistungsfähigeren Arbeitern. Diese unhaltbaren Zustände bringen auch die hiesigen, bisher stumpfsinnig in den Tag hineinzulebenden Arbeiter allmählich zum Nachdenken und zur Erkenntnis ihrer Lage. Sie sehen ein, daß sie allein macht- und wehrlos sind und sich zusammenschließen müssen, wenn sie sich nicht das Fell über die Ohren ziehen lassen wollen.

Am 28. Juni wurde mit Unterstützung der Bauhandwerker, eine Metallarbeiterversammlung einberufen, in der Kollege Pittlof-Kalowitz in ehrsündiger Rede mit überzeugenden Worten den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation vor Augen führte. Pittlof hat diesmal nicht tauben Ohren gepredigt, denn gleich nach dem Vertrage ließen sich eine stattliche Anzahl Arbeiter in den Verband aufnehmen, so daß eine Ortsgruppe gegründet werden konnte.

Kollegen von Königsbühl und Bengern! Jetzt schreitet mutig vorwärts auf der betretenen Bahn. Sucht durch mündliche Agitation die große Zahl von Nichtorganisierten zu gewinnen, so daß zur gegebenen Zeit eure Lohnverhältnisse eine durchgreifende Verbesserung erfahren können. Wohl nirgends ist gewerkschaftliche Arbeit so notwendig wie hier. Darum aufgewacht, ihr schwergebrückten Kollegen, hinein in die Organisation, um auch den Arbeitern von Königsbühl ein besseres Dasein zu verschaffen. Allein sind wir nichts, aber vereint sind wir stark.

Serne. Verschiedene, von gewisser Seite in Umlauf gesetzte Gerüchte von einem großen Mitgliederverlust unserer Zahlstelle veranlassen uns, hier etwas richtig zu stellen. Veranlassung zu diesem Gerücht, das unser Gegnern sehr zu gefallen scheint, gab unser früherer Kassierer Aug. Popel. Dieser gewesene Kollege ist einer von den vielen, welche Wartet und Gewerkschaft nicht aneinander halten können. Die letzten acht Tage Landtagswahl hat es ihm angetan. Weil da nicht alles seiner Gesinnung war und für den Landrat Gerstein eintrat, wurde der bisher eifrige und fleißige Kollege auf einmal ganz aus der Fassung gebracht.

Wir hätten dieses alles seiner erst kurzen Zugehörigkeit zur Organisation zugeschrieben, wenn derselbe nicht in ganz unkollegialer Weise jetzt unseren Verband zu schädigen suchte. Wir führen hiermit seine angewandten Tricks an, damit die Kollegen wissen, in welcher unnobler Weise dieser gewesene Kollege jetzt gegen uns arbeitet. Erst schrieb er einen Brief an das Sekretariat nach Wochun, daß er wegen seiner Wohnung den Kassierersposten nicht weiter führen könnte. Gleichzeitig legte er das sämtliche Material bei, behielt aber für sich einen Bestand von Marken zurück und teilte mit, daß er den Posten als Vertrauensmann beibehalten wolle. Dieses wurde ihm dann auch anstandslos geschenkt. Als dann die ihm zugewiesenen Kollegen Marken kaufen wollten, da hatte auf einmal die von ihm bisher mit Feuereifer vertretene Organisation keinen Zweck mehr. Ueberall kolportierte er dann das Gerücht, daß uns viele Kollegen abgesprungen seien. Unsere Vertrauensmänner werden aber nun die Kollegen in den Wohnungen aufsuchen, und dann wird sich zeigen, wie weit die Ministerarbeit des gewesenen Kassierers und Kollegen Popel Erfolg gehabt hat.

Aber das eine können wir heute schon feststellen, unsere Ortsgruppe wird dadurch keinen großen Schaden haben. Vor wie nach heißt es für die Kollegen, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband. Denn der Verband läßt jedem seine politische Ueberzeugung, wie wie dieses bei der letzten Landtagswahl im hiesigen Bezirk wieder beobachtet haben. In politischer Beziehung gehen die Ansichten vielfach auseinander, aber in gewerkschaftlicher, d. h. wirtschaftlicher Beziehung müssen die Arbeiter der verschiedensten Parteien zusammenarbeiten. Dieser Gedanke bricht sich hier im Ruhrgebiet immer mehr Bahn; wer das heute noch nicht fassen kann, der mag heute noch Seitenstücke machen. Deshalb marschieren die christlichen Gewerkschaften doch, und dieses wird auch bei uns in Serne der Fall sein, wenn die übrigen Kollegen von Serne dem gewesenen Kollegen Popel ein treues Andenken bewahren und unermüßlich weiter agitieren. Vielleicht kommt derselbe mal zur Besinnung, wenn er einseht, wie fürchtbar kurzfristig und oberflächlich er die Gewerkschaftler eingeschätzt hatte.

Anmerkung der Redaktion. Eine Bemerkung in dieser Korrespondenz verdient ein näheres Eingehen, nämlich der Hinweis auf die kurze Mitgliedschaft des früheren Kollegen, der aber trotz dieser kurzen Verbandszugehörigkeit schon Kassierer war. Es ist eine leider oft vorkommende — sagen wir mal gelinde — Unvorsichtigkeit, erst kurz eingetretene Mitglieder in leitende örtliche Stellen zu wählen. Das ist in mancher Ortsgruppe schon Veranlassung zu großen inneren Schwierigkeiten gewesen und schließlich zum Verhängnis geworden. Bei der großen Bedeutung der örtlichen Gruppenverbände und deren schweren Verantwortung ist es unumgänglich notwendig, daß nur solche Kollegen in diese Stellen gewählt werden, die schon länger Mitglied sind und deren Treue und Besonnenheit schon ihre Probe bestanden hat. In neugegründeten und jungen Zahlstellen wird das ja nicht zu ernstlich sein, aber von allen älteren Ortsgruppen, zu denen auch Serne gehört, muß dies unbedingt verlangt werden.

Die meisten der neuangetretenen Mitglieder durchleben ja in der ersten Zeit der Mitgliedschaft ihre gewerkschaftliche Sturm- und Drangperiode; ihre Vegetierung und ihr Arbeitsseifer kennt oft keine Grenzen. Das ist gut so, macht ihnen alle Ehre. Aber deshalb sind sie noch lange nicht zu führenden und leitenden Posten in der örtlichen Verwaltung befähigt. Denn leider ist dieses erste Feuer bei manchen Enthusiasten — nicht bei allen — nur ein Strohsfeuer, das beim ersten Gewitterschauer wieder erlischt. Waren sie dann aber schon durch die Unbedachtlichkeit ihrer Kollegen in eine leitende Stellung berufen, dann muß der Rückschlag auch auf andere seine Wirkung ausüben, zum mindesten Verwirrung in der betr. Zahlstelle anrichten. Und das noch um so viel mehr, wenn es unnobler Charaktere, wie der vorhin geschilderte sind. Deshalb muß der Grundsatz stets hochgehalten werden: In die Ortsverbände nur langjährige, erprobte, besonnene Kollegen, die ihre gewerkschaftliche Feuerprobe schon bestanden haben. Dazu ist aber vor allen Dingen notwendig, daß die älteren besonnenen Kollegen nicht aus Bequemlichkeit oder anderen Gründen die Annahme eines Postens ablehnen.

Oberhausen. Willkürliche Arbeiterentlassungen sind wieder vom Zinkwalzwerk vormals Wilh. Grillo zu melden. Weil der Meister und ein Büro-schreiber es nicht gutheißen konnten, daß auch ein Arbeiter mal Recht hatte, wurde demselben aus nicht-sagenden Gründen gekündigt. Die Firma hatte wegen mangelhafter Ware Reklamationen bekommen. Als nun der Meister den Arbeiter dieserhalb zur Rede stellte, verteidigte sich letzterer und sagte, daß die Bleche haarig sind, das kommt von dem Zink, der Sonntags über im Ofen steht und dann überhitzt wird, worüber Waizer können da gar nichts daran machen. Der Büro-schreiber fragte den Meister: Stimmt das so? Der Meister antwortete ganz barsch: „ach was, Mümpf, da weiß der auch einen ... f d r e d v o n.“ Nun sagte der Arbeiter, ich glaube doch, in den 16 Jahren meiner Beschäftigung auf dem Zinkwerk habe ich gerade soviel gelernt als der Meister. „Was, Sie wollen gegen die Qualität unseres Meisters etwas sagen? Das soll Ihnen eine harte Nuß zu knaden geben,“ so brüllte der Büro-schreiber, und andern Tages wurde der Arbeiter wegen „schwerer Beleidigung“ des Meisters gekündigt.

Die Firma hätte alle Ursache, sich von dem Treiben ihrer Beamten zu unterrichten, damit nicht alle Arbeiter, die schon 16 Jahre im Betriebe arbeiten, der Laune eines Büro-schreibers zum Opfer fallen. Wichtige, nützliche Arbeiter, welche ihre Rechte zu wahren wissen, kann man nicht gebrauchen, muß aber welche, die dem Alkohol fröhnen und dadurch ihre Ständesinteressen mit Füßen treten. Das sind die Diebstahle einiger Vorgesetzten, denn, „Gleich und gleich gesellt sich gern.“ Wenn aber die Firma dem Büro-

Mitglieder mehr gläubig als den Arbeitern, nur gut, die Arbeiterklasse wird wissen, was sie bei passender Gelegenheit zu tun hat.

Kassel. Unsere Zahlstelle dürfte zu den Gruppen gehören, welche selten etwas von sich in der Verbandszeitung hören lassen, und mancher Kollege, der einst in Kassel gearbeitet hat, wird denken, die Zahlstelle Kassel sei eingeschlafen.

An unsere Kollegen in Kassel sei aber hier an dieser Stelle nochmals der Appell gerichtet, mit aller Energie jetzt in die Kleinagitation einzutreten und neue Mitglieder zu gewinnen.

Oberhausen (Rheinl.). Wie sehr die „Gutehoffnungshütte“ die Zeit der Krise für sich auszunutzen versteht, beweist so recht die Arbeitsmethode auf dem alten Holzwerk.

Kollegen, steigt euch die Schamröte noch nicht ins Gesicht, wenn ihr darüber nachdenkt, daß ihr freie deutsche Männer seid und euch so behandeln lassen müßt?

Deshalb tretet in die Fußstapfen der organisierten Arbeiter. Schließt euch euren Arbeitersbrüder an; zeigt, daß ihr gewillt seid, für die Verbesserung eurer Lage und für die Hebung eures Standes einzustehen.

Danzig. Willst du den großen Kampf vollenden, so setz zuerst dich selber ein. Wer ändern will die Fesseln sprengen, darf nicht sein eigener Sklave sein!

Diese sinnvollen Worte möchte ich allen Danziger Kollegen zurufen, wenn man sich den Besuch unserer letzten Versammlungen besieht. Kaum der vierte Teil der Kollegen war anwesend.

Wien. Ein echter, Überzeugungstreuer Gewerkschaftler betrachtet es als eine vornehme Ehrenpflicht, in jeder Versammlung zu erscheinen.

Kollegen! Es muß einmal offen ausgesprochen werden, so kann und darf es nicht weitergehen, wollen wir auf den Namen einer gewerkschaftlichen Organisation berechneten Anspruch machen.

Das patriarchalische Verhältnis ist abgelehnt durch den Herrn im Hause-Standpunkt arbeitgeberseits und das immer schwerer drückende Abhängigkeitsverhältnis, in das der Arbeiter infolge seiner schwächeren wirtschaftlichen Position ohne größeren Zusammenschluß in der Organisation immer mehr hineingedrängt wird.

Gewiß, werdet ihr sagen, das sind Zustände, die sind unhaltbar. Hier muß Remedur geschaffen werden. Nun, Kollegen, dann legt selbst mit Hand ans Werk!

Wer, Kollegen, verlaßt euch nicht auf die Hilfe von außen, Wein, selbst ist der Mann! Zeigt, daß ihr Männer seid, die ihre Lage verstehen gelernt haben, die mündig sind.

Sterbetafel.



Köln-Chrenfeld. Unser Kollege Eugen Housinger erlitt am 9. Juli einen tödlichen Unfall beim Einsturz der Kölner Rheinbrücke.

Machen. Am 6. Juli starb unser langjähriger Aulage Marijas Danyberg infolge eines Schlaganfalls.

Bforzheim. Am 9. Juli starb unser Kollege Franz Joseph Schuster, Ringmacher, an einem Herzleiden im Alter von 22 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Viterarisches.

Die Krupp'sche Pensionskasse vor Gericht. Eine attemmäßige Darstellung des Krupp'schen Pensionskassenprozesses. Zusammenge stellt und herausgegeben vom christl. Metallarbeiterverband.

Das soeben erschienene Schriftchen gibt über die Vorgeschichte und den Verlauf des Prozesses gegen die Firma Krupp auf Rückzahlung der Pensionsbeiträge ausgeschiedener Arbeiter eingehenden Aufschluß.

Briefkasten.

An Mehrere. Eine Anzahl von Stimmen zur Generalversammlung müßten für die nächste Nummer zurückgestellt werden. An die Einsender sei die Bitte gerichtet, Wiederholungen zu vermeiden und sich möglicher Kürze zu befleißigen.

Versammlungs-Kalender.

Ohne zwingenden Grund wird ein plichtbetonter Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.

Aistfeld. Sonntag, den 26. Juli, öffentliche Versammlung der Zahlstellen-Aistfeld und Langelsheim bei Gastwirt Einke Aistfeld.

Athen. Sonntag, den 19. Juli vormittags 11 1/2 Uhr Versammlung im Vereinslokal.

Machen-Burtscheid. Samstag, den 18. Juli abends 8 1/2 Uhr Monatsversammlung bei Zinken Dammstr.

Cassel. Donnerstag, den 23. Juli abends 8 1/2 Uhr im Restaurant vor Schützenhalle Versammlung mit Vortrag.

Reichsburg 1. Sonntag, den 19. Juli, morgens 11 Uhr bei Wittenhorst, Mülheimerstr. Vortrag des Kollegen Bergmann.

Wien. Sonntag, den 19. Juli morgens 11 Uhr bei Sankten, Gewerkschaftshaus, Versammlung mit Vortrag des Kollegen Waidle, Miltelstr.

Ortsgruppe Dortmund. Sonntag, den 19. Juli vorm. 11 Uhr Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus, Lütgebrückstraße 7.

Darmstadt. Freitag den 24. Juli, findet in der Brauerei „Große“ Karstr. abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung statt, wozu jeder Kollege wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erscheinen muß.

Delmenhorst (Oldenburg). Adresse des Vorsitzenden ist: Nid. Gub, Ode Hansa und Teppichstraße. Durch oder zureichende Kollegen mögen sich hier melden, wo auch Auskunft in Arbeitsgelegenheit gegeben und Unterstützung ausbezahlt wird.

Essen-Mittelscheid. Sonntag, den 19. Juli vormittags 11 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Wirt Sellney, Martenfelderstraße.

Essen-Stadt. Sonntag, den 19. Juli, vormittags 11 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr.

Essen-Frohnhausen. Sonntag, den 19. Juli, vormittags 11 Uhr Versammlung Verkehrslokal Wirt Klötgen, Frohnhauserstr.

Essen-Wellinghausen. Sonntag, den 19. Juli, vormittags 11 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Wirt Köhne.

Essen-Strath. Sonntag, den 19. Juli, vormittags 11 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Wirt Gantenberg, Hauptstraße.

Essen-Werden. Sonntag, den 19. Juli vormittags 11 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Wirt Kammeslamp, Ruhrstr.

Essen-Electromonteur. Sonntag, den 19. Juli, vorm. 10 Uhr Versammlung. Verkehrslokal „Zur Stadt Elberfeld“ Steelerstraße.

Essen-Neugauer. Sonntag den 19. Juli, vormittags 11 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Gewerkschaftshaus Frohnhauserstr.

Essen-Segeroth. Sonntag, den 19. Juli, abends 8 Uhr Versammlung. Verkehrslokal Wirt Büsch, Segerothstraße.

Eisenach. Nächste Versammlung am 18. Juli im Vereinslokal.

Labbeck. Nächste Mitgliederversammlung Samstag, den 18. Juli abends 7 1/2 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus Peter Norpoh. Reiseunterstützung zahlt aus: Friedrich Thal, Bismarckstr. 1 von 12-1 und 6-7 Uhr.

Gelsenkirchen-Schalke. Samstag, den 18. Juli abends 8 Uhr bei Wegener.

Gelsenkirchen-Schalke. Samstag, den 18. Juli abends 8 Uhr Versammlung bei Wegener.

Gelsenkirchen-Sülken. Samstag, den 18. Juli abends 8 Uhr Versammlung bei Nachbarschulte.

Gelsenkirchen. (Kleingewerbe). Freitag, den 24. Juli abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Dirkes.

Ortsverwaltung Hamm. Die Mitgliederversammlungen finden im Sommer am 2. und 3. Freitag im Monat im Gewerkschaftshaus Feidstr. 94 statt. Die nächsten Versammlungen sind am Freitag, den 10. u. Freitag, den 17. Juli abends 8 1/2 Uhr.

Ortsgruppe Sörbe. Nächste Versammlung Donnerstag den 16. Juli abends 8 1/2 Uhr bei Havig Hausseeft.

Hannover. Sonabend, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Wallbaum über Vordenreform im Arbeiterheime, Zimmer 1 und 2 am Markwall. Die Adresse unseres jetzigen Vorsitzenden ist Peter Menge, Linden, Davenstedterstr. 23.

Sektion Halle b. Osabrück. Sonntag den 19. Juli nachm. 5 Uhr Versammlung bei Postmeier. Referent: Bezirksleiter Kollege Wallbaum.

Ortsgruppe Lünen. Sonntag, den 19. Juli vorm. 11 Uhr Versammlung der Arbeiter der Firma Potthoff u. Flume bei Körber.

Lübeck. In unserer Mitgliederversammlung vom 20. Juni d. J. wurde beschlossen, unsere Versammlungen nach dem kathol. Gesellenhause, Parade 8 zu verlegen.

Lübeck. Versammlung an jedem Mittwoch nach den 1. eines jeden Monats, abends 8 Uhr und an jedem Sonntag nach dem 15. vorm. 10 1/2 Uhr im Versammlungslokal „Katholisches Gesellenhaus“, Parade 8.

Misburg. Sonntag, den 19. Juli nachm. 3 1/2 Uhr Generalversammlung im Majersgarten.

Lünen. Sonntag, den 19. Juli nachm. 4 Uhr öffentliche Kartellversammlung der christlichen Gewerkschaften in der Wirtschaft zur Reichskrone des Herrn Ebrecht.

Rebighes. Nächste Mitglieder-Versammlung ist am 25. Juli abends 7 1/2 Uhr bei Joh. Espei. Vortrag des Kollegen Spittmann von Harunen.

Oberjohndeweide. Sonabend, den 18. Juli im Lokale des Herrn Josef Olsch Watstr. abends 8 1/2 Uhr außerordentlich wichtige Vierteljahres Generalversammlung.

Wasseralfingen. Sonntag, den 26. Juli nachm. 8 Uhr Mitgliederversammlung in Doim bei Kollege Böhm zur Wiederwahl.

Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften für Machen und Umgegend sucht für den 1. Oktober d. J. einen

Kartell-Beamten

Bewerber müssen eine mindestens 2jährige praktische Betätigung in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und gründliche agitatorische und organisatorische Befähigung nachweisen können.

Die Anstellungsbedingungen richten sich nach den Satzungen des Gesamtverbandes. Bewerbungen sind bis spätestens 15. August unter Beifügung eines Lebenslaufes an den Vorsitzenden Matth. Klüttgen, Poststraße 56 in Machen, einzusenden.